



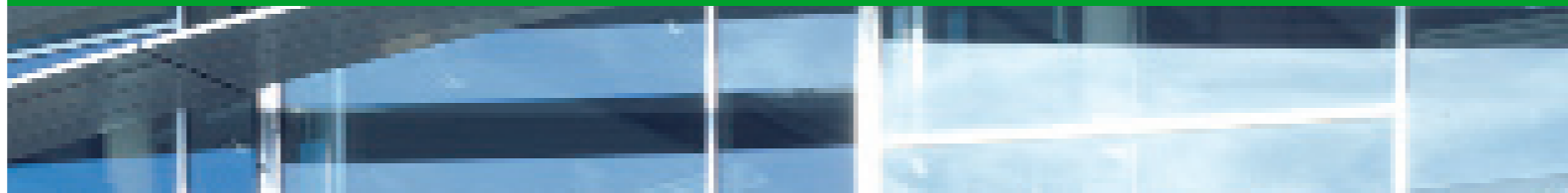
NEIT KAPITAL FIR LËTZEBUERG



WALPROGRAMM 2004



DÉI GRÉNG



NEIT KAPITAL FIR LËTZEBOURG



Einleitung

DÉI GRÉNG stellen auf den nachfolgenden Seiten in fünf Kapiteln ihre Prioritäten zu den Wahlen vom 13. Juni 2004 vor. Mit Mut und Verantwortung, mit intelligenten Ideen und kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich DÉI GRÉNG den Herausforderungen, auf die Luxemburg reagieren muss.

Das Motto der grünen Wahlkampagne lautet “Neit Kapital fir Lëtzebuerg”:

Luxemburg braucht neues Kapital

Frauen und Männer mit neuen Ideen. Neue Initiativen für eine neue Politik, die auf Luxemburgs Stärken aufbaut. Damit die Zukunft gesichert und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten wird.

Grünes Kapital investiert in Menschen

Unser Kapital bringt Wohlstand, der allen nutzt. Es garantiert Wirtschaftswachstum im Einklang mit der Umwelt und Lebensqualität; fördert eine Schule, die allen Kindern eine Chance gibt; bringt soziale Reformen, die Arbeit schaffen und Solidarität erhalten und stößt gesellschaftliche Veränderungen an, die Luxemburg zu einem modernen Land weiterentwickeln.

Grün ist gut für Luxemburg

DÉI GRÉNG sind stark durch ihre Ideen. Sie haben in mehreren Gemeinden kompetent und innovativ gezeigt, dass ihre Vorschläge umsetzbar sind; auch auf nationaler Ebene wurden viele grüne Initiativen durchgesetzt.

2004 ist ein entscheidendes Jahr für Luxemburg. Bei den Wahlen muss sich beweisen, dass das Projekt “Grün” weiter an Zuspruch gewinnt und damit die umweltpolitische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung Luxemburgs möglich wird.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Ökologische Modernisierung

1.1. Lebenswerte Umwelt

- 11.....Intelligente Landesplanung
- 11.....Lebenswerte Dörfer und Städte anstatt Schlafgemeinden
- 12..... Deutlicher Qualitätssprung in der Verkehrspolitik
- 13..... Vorreiterrolle beim Klimaschutz
- 13..... Gesunde Lebensmittel durch eine vielfältige Kulturlandschaft und eine nachhaltige Landwirtschaft
- 14..... Wirksame Maßnahmen gegen Lärm
- 14..... Strenge Grenzwerte für Schadstoffe in Wasser und Luft
- 15..... Durchgreifende Reform des Naturschutzes
- 15..... Mehr Bedeutung für den Tierschutz
- 15..... Vorrang für Müllvermeidung

1.2. Wirtschaftliche Erneuerung

- 17..... Grüne Steuerreform: ökologisch und sozial gerecht
- 18..... Priorität für Zukunftsinvestitionen
- 18..... Nachhaltige Wirtschaftspolitik
- 18..... Starke Klein- und Mittelbetriebe
- 19..... Zusätzliche Arbeitsplätze durch die Sozial- und Solidarökonomie
- 19..... Eine Professionalisierung der Tourismuspolitik

2. Ein kinder- und jugendfreundliches Land

2.1. Familienpolitik: Auf die Kinder kommt es an

- 21..... Krippen und Tagesstätten: Ein Platz für jedes Kind
- 22..... Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche
- 22..... Grundlegende Reform der Kinder- und Jugendschutzpolitik

2.2. Nach PISA: Gute Bildung für alle

- 23..... Gemeinsamer und differenzierter Unterricht
- 24..... Autonomie der Schülerinnen und Schüler als Lernziel
- 24..... Mehr Bedeutung für die Berufsorientierung
- 24..... Konstruktive und differenzierte Lernbeurteilung
- 24..... Sonderpädagogik, die Integration fördert
- 25..... "Ecole de la deuxième chance"
- 25..... Gleichstellungspolitik im Unterricht
- 25..... Menschenrechtserziehung als Schulfach
- 25..... Gesellschaftlicher Auftrag für die Universität Luxemburg
- 26..... Wissen für alle

2.3. Lehrer und Lehrerinnen: mehr als Wissensvermittler

- 27..... Pädagogik im Mittelpunkt der Lehrausbildung
- 27..... Mehr Teamarbeit in der Schule
- 28..... Mehr Freiraum für Schulen

2.4. Die Schule als Lebensort

- 29..... Schulen als Raum der Kreativität
- 29..... Ganztagschulen: Zur Verknüpfung von lernen und leben
- 30..... Ständiger Dialog mit der Außenwelt
- 30..... Mehr Sport in der Schule
- 30..... Sichere Schulhöfe
- 30..... Mediation zur Stärkung der Eigenverantwortung

3. Soziale Sicherheit und Solidarität für ein selbstbestimmtes Leben

3.1. Solidarität ist die Basis der Zukunft

- 33.....Staatliche Vorsorge für ein menschenwürdiges Leben
- 33.....Ein sicheres und soziales öffentliches Rentensystem
- 34.....Eigener Rentenanspruch für alle
- 34.....Bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

3.2. Solidarität im Alltag: Gemeinsam sind wir stark

- 35.....Reform der Sozialämter
- 35.....Zugängliche Arbeit auf lokaler Ebene: mehr Lebensqualität für alle
- 36.....Gleichstellung zwischen Frauen und Männern
- 36.....Chancengleichheit durch Erziehung und Bildung
- 36.....Menschliche Integrationspolitik
- 36.....Gleiche Rechte und Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger
- 37.....Menschenrechtserziehung
- 37.....Erschwingliches Wohnen für alle
- 37.....Aktive Politik zur Einbindung von Seniorinnen und Senioren

3.3. Eine solidarische Gesundheitspolitik für die Zukunft

- 39.....Erste Klasse-Medizin für alle
- 39.....Konsequente Präventionspolitik
- 40.....Priorität für die Rechte der Patientinnen und Patienten
- 40.....Hohe Qualitätsstandards
- 40.....Mehr Bedeutung für die Umweltmedizin und alternative Behandlungsmethoden
- 41.....Menschliche Gesundheitspolitik
- 41.....Pflegeversicherung auf hohem Niveau

4. Eine demokratische Gesellschaft

4.1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern

- 43.....Ein Chancengleichheitsministerium
- 43.....Gezielte Stärkung von Frauen im Berufsleben
- 44.....Eigenständiger Pensionsanspruch
- 44.....Mehr politische Verantwortung für Frauen
- 44.....Frauen sichtbar machen
- 44.....Moderne Verhütungspolitik
- 44.....Rechte und Pflichten für Prostituierte; Maßnahmen gegen den Frauenhandel

4.2. Grüne Familienpolitik: Partnerschaft fördern

- 45.....Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 45.....Arbeitszeitreduzierung für ein selbstbestimmtes Leben
- 46.....Vaterschaftsurlaub
- 46.....Gleiche Rechte für homosexuelle und heterosexuelle Partnerschaften

4.3. Ein neuer politischer Stil

- 47.....Mehr Bürgerbeteiligung
- 47.....Transparente Politik
- 48.....Mehr Demokratie für eine bessere Integration
- 48.....Modernes Wahlrecht
- 48.....Effiziente Verwaltungen im Dienst der Bürger
- 48.....Trennung zwischen Staat und Kirchen

4.4. Starke Gemeinden

- 49.....Intelligente und demokratische Regionalisierung
- 49.....Professionalisierung der Gemeindeführung
- 50.....Durchgreifende Reform der Gemeindefinanzen
- 50.....Mehr Beratung und weniger Bevormundung für Gemeinden
- 50.....Sozial- und Solidarwirtschaft fördern

4.5. Eine Gesellschaft in der Vielfalt

- 51.....Menschlichkeit und Integration
- 51.....Seniorinnen und Senioren einbinden
- 51.....Das öffentliche Leben für behinderte Menschen zugänglich machen

4.6. Den Jugendlichen eine Stimme geben

- 53.....Vernetzte kommunale Jugendpolitik
- 53.....Demokratische Einbindung der Jugend

4.7. Vielfalt bei Medien, Kultur und Sport

- 55.....Pluralität der Medien
- 55.....Kulturpolitik für Vielfalt und Innovation
- 56.....Konsequente Förderung des Schul- und Breitensports

4.8. Eine sichere Gesellschaft mit starken Bürgerrechten

- 57.....In Sicherheit leben
- 57.....Verantwortungsvoller Umgang mit Drogen
- 58.....Die Jugendkriminalität eindämmen
- 58.....Gerechte und effiziente Justiz für alle
- 58.....Starke Bürgerrechte

5. Luxemburg, Großregion, Europa und gerechte Globalisierung

5.1 Mehr Europa tut der Umwelt und den Bürgerinnen und Bürgern gut

- 61.....Eine starke Großregion für ein starkes Luxemburg
- 62.....Eine sicherheitspolitische Vorreiterrolle für die EU
- 62.....Starke Bürgerinnen- und Bürgerrechte
- 62.....Schutz des europäischen Sozialmodells
- 63.....Hoher Stellenwert für den Umweltschutz
- 63.....EU als aktiver Friedensstifter

5.2. Luxemburg in Europa festigen

- 65.....Angemessene politische Vertretung
- 65.....Mehr Humankapital und Kompetenz
- 66.....Starkes Parlament und eine starke Zivilgesellschaft
- 66.....Europa in Schule und Medien

5.3 Gerechte Globalisierung

- 67.....Ökologische Modernisierung weltweit
- 67.....Gerechter Welthandel
- 68.....Schutz des internationalen Rechts
- 68.....Starke UNO
- 69.....Aktive Entwicklungszusammenarbeit

Anhang

Das grüne Team für den 13. Juni 2004

ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

1

1.1. Lebenswerte Umwelt

Die Grünen bekennen sich zur Nachhaltigkeit im Umwelt- und Naturschutz: Nur ein sorgsamer und bewusster Umgang mit natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Nahrungsmittel sichert unsere Existenz in der Gegenwart und garantiert die Zukunft unserer Kinder. Nachhaltigkeit im Umgang mit Natur und Umwelt ist die Voraussetzung für Leben und Weiterentwicklung in einer modernen Gesellschaft.

Intelligente Landesplanung

Die Bebauung des Landes darf nicht länger chaotisch verlaufen, sondern muss national und regional geplant werden. Mit klaren Leitlinien werden wir der planlosen Zerstückelung der Landschaft und dem Flächenfraß Einhalt gebieten. Überflüssiger Verkehr sowie neue Straßen werden durch eine intelligente Landesplanung vermieden. Bei der Neuausweisung von Wohnsiedlungen oder Gewerbebezonen ist eine Anbindung an den Öffentlichen Transport Pflicht. Naherholungsgebiete und Grüngürtel zwischen den Ortschaften werden unter Schutz gestellt.

Die innerstädtische Entwicklung hat Vorrang vor dem Bauen auf der grünen Wiese; Brachen werden nutzbar gemacht und Altbaurenovierung und -sanierung wird gefördert. Eine sparsamere Flächennutzung bei Siedlungsprojekten und die Eindämmung der Spekulation innerhalb des Bauperimeters werden durch eine tief greifende Reform der Grundsteuer erreicht werden.

Lebenswerte Dörfer und Städte anstatt Schlafgemeinden

Wir wollen die Lebensqualität in unseren Ortschaften verbessern. Durch eine ausgewogene, dezentrale Entwicklung des Landes wird das kulturelle und soziale Ungleichgewicht zwischen den Regionen behoben werden. Um in allen Gemeinden einen gerechten Zugang zu den verschiedenen Infrastrukturen, wie Kultur-, Sport- und Kinderbetreuungseinrichtungen, zu gewährleisten, wollen wir die Regionalisierung der Gemeindepolitik durch die Schaffung eines Regionalfonds fördern.

Wir werden neue Rahmenbedingungen für eine harmonische Entwicklung von Dörfern und Stadtvierteln festlegen: Neubauten müssen zum Siedlungscharakter passen und erhaltenswerte Bausubstanz muss unter Schutz gestellt werden. In lebendigen Gemeinden werden Wohnraum, Arbeitsplätze und Freizeiteinrichtungen näher zusammengebracht. Flächensparendes Bauen wird besonders gefördert. Siedlungen werden auf regionaler Basis und unter Berücksichtigung der Vorgaben des „Programme directeur“ der Landesplanung geplant werden.

Wir werden das Leben in den Gemeinden kinderfreundlicher gestalten: Dazu gehören die gezielte Förderung von ökologischen und baubiologischen Siedlungsprojekten, attraktiven Grünflächen, verkehrsberuhigten Zonen und Fahrradwegen. Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Spiel- und Sportmöglichkeiten wird landesweit verbessert.

Unbürokratische und bürgernahe „Commissariats de proximité“ werden in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Gemeindeführung für Sicherheit sorgen.

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, von Gebäuden sowie der Transportmittel wird das behinderten- und altengerechte Prinzip des „Design for all“ zur Regel. Es ermöglicht Menschen mit temporärer oder permanenter Mobilitätseinschränkung eine aktive Teilnahme am Berufs- und Gesellschaftsleben.

Deutlicher Qualitätssprung in der Verkehrspolitik

Grüne Verkehrspolitik schafft Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen gleichberechtigten Verkehrsträgern und entlastet Straßen und Umwelt vom Stau. Die aktuelle administrative Planungs-Struktur wird grundlegend reformiert. Die Verkehrsplanung wird die Gemeinden und die Großregion stärker einbinden und in einem Ministerium für Verkehrsplanung gebündelt. Der Verbund der verschiedenen Verkehrsmittel wird optimiert. Das Angebot an öffentlichen Transportmitteln wird stark ausgebaut und besser vernetzt, das BTB-Projekt umgesetzt und die RGTR-Struktur grundlegend reformiert. Für die luxemburgische Eisenbahngesellschaft CFL wird ein offensives Strategiekonzept für den nationalen und internationalen Personen- und Gütertransport ausgearbeitet. Wir werden uns für den Ausbau der interregionalen und internationalen Schienenverbindungen sowie ein attraktiveres Angebot einsetzen.

Eine kundenfreundliche Mobilitätszentrale für Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe wird aktuelle Informationen über Verkehrsverbindungen und Transport-Dienstleistungen anbieten und auch über Telefon und Internet erreichbar sein. Diese Zentrale wird auch eine professionelle Informationsstrategie entwickeln, um die Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu erreichen. Die Gemeinden werden verstärkt in die Planung des öffentlichen Transportnetzes eingebunden; kommunale und interkommunale Bussysteme, wie City Busse, Late Night Busse und Ruf-Busse werden gezielt gefördert. Innerhalb der Ortschaften trägt die Verkehrsplanung auch den Bedürfnissen von Kindern, älteren und behinderten Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität Rechnung: sichere und bequeme Angebote für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer, Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigende Maßnahmen

werden zur Norm. Die Maßnahmen für Verkehrssicherheit werden verstärkt. Die Verkehrserziehung wird ausgebaut und in die Schulpläne von Primär- und Sekundarschulen integriert.

Steuerpolitisch wird eine Schwerverkehrsabgabe als Kompensation für die durch Lastkraftwagen verursachten Umweltschäden erhoben. Hiermit wollen wir die Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene fördern. Auf EU-Ebene werden wir uns für die Einführung einer Kerosinsteuer sowie die Einschränkung des Transitverkehrs einsetzen.

Vorreiterrolle beim Klimaschutz

Klimaschutz ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Wir streben hierbei eine Vorreiterrolle Luxemburgs an und sind generell gegen ein „Freikaufen“ aus den Kyoto-Verpflichtungen. Es kann nicht sein, dass den Entwicklungsländern die Verantwortung für unsere Treibhausgasemissionen angelastet wird. Die grüne Klimaschutz-Strategie zur Reduzierung der Treibhausgase umfasst ein Bündel von Maßnahmen. Dazu zählt die ökologische Steuerreform, die Energieeinsparung und -effizienz belohnt und die erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Holz und Biogas massiv fördert. Die gezielte Förderung von energiesparender Bauweise und Altbaumodernisierung sind ein weiterer Baustein aktiver grüner Klimaschutzpolitik. Im Zentrum der Klimaschutzpolitik wird eine unabhängige nationale Energieagentur stehen, der dezentrale Beratungsagenturen angegliedert werden. Diese Agenturen bieten Betrieben, Handwerk, Haushalten und Gemeinden ein professionelles Beratungsangebot in den Bereichen Energieeinsparung und -effizienz sowie erneuerbare Energien an. Darüber hinaus werden wir verstärkt in Bildung, Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen investieren. Eine der Hauptquellen von Treibhausgasen ist der Verkehr: durch den Ausbau des Öffentlichen Transportes, die Verlagerung des Frachtverkehrs auf die Schiene sowie die Ausarbeitung und Umsetzung eines nationalen Fahrradförderprogrammes wollen wir gezielt Treibhausgasemissionen senken. Der Einstieg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien ist dabei nicht nur aktiver Umwelt- und Klimaschutz; er schafft auch Arbeitsplätze, besonders in Handwerksbetrieben.

Gesunde Lebensmittel durch eine vielfältige Kulturlandschaft und eine nachhaltige Landwirtschaft

Grüne Landwirtschaftspolitik gibt Gesundheit und Genuss Priorität vor gewinnmaximierenden Interessen. Wir wollen gesunde, gentechnikfreie und giffreie Lebensmittel, welche keine Folgeschäden an unserer Umwelt und an uns selbst verursachen, gezielt fördern. Diese Politik soll durch die Schaffung eines starken Verbraucherschutzministeriums umgesetzt werden, dessen Aufgabenbereich auch eine zentralisierte und moderne Lebensmittelkontrolle und eine umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher umfasst.

Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft ist der biologische Landbau, da er die Ziele einer grünen Agrarpolitik am weitesten realisieren kann. Die konventionelle Landwirtschaft soll nach und nach, bei maxi-

maler Ausschöpfung des Spielraumes der europäischen Gesetzgebung und mit Hilfe von gezielten Subventionen, an die biologische Landwirtschaft heran geführt werden. Wir wollen Luxemburg zu einer gentechnikfreien Zone in der Landwirtschaft machen.

Ein Teil des Einkommens der Bäuerinnen und Bauern soll auch weiterhin aus den Subventionen für eine nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung sowie für die Pflege unserer Kulturlandschaft bestehen. Durch eine regionale Vermarktung sollen ein besserer Bezug zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebaut und auch bessere Preise erzielt werden. Damit wird der ländliche Raum wirtschaftlich wieder an Attraktivität gewinnen. Die Imkerei verdient eine besondere Förderung: Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den Erhalt unserer Umwelt, der Artenvielfalt und der Ertrags-Stabilität vieler Nutzpflanzen.

Wirksame Maßnahmen gegen Lärm

Unsere Gesellschaft ist immer mehr Lärm ausgesetzt. Mit strengeren Auflagen und Kontrollen für Gewerbe und Baustellen werden wir den Stress- und Krankheitsfaktor Lärm eindämmen. Besonders in Wohngebieten werden verkehrs- und lärmberuhigende Maßnahmen ausgebaut. Was den Flughafen Findel betrifft, legen wir Wert auf eine strenge Einhaltung des Nachtflugverbotes und auf Lärmmessmethoden, die auf dem letzten wissenschaftlichen Stand sind. Wir treten prinzipiell für die Modernisierung der Passagierabflughalle ein, sprechen uns aber eindeutig gegen den weiteren Ausbau des Frachtverkehrs am Flughafen Findel aus.

Strenge Grenzwerte für Schadstoffe in Wasser und Luft

Wir wollen nicht die Notare einer schleichenden Umweltzerstörung sein, sondern zielen auf eine Trendumkehr in der Umweltpolitik ab: Grenzwerte für Luft- und Wasserschadstoffe sind so festgesetzt, dass ein Schaden, der später mühsam „repariert“ werden müsste, erst gar nicht eintritt. Dies gilt auch für Schadstoffbelastungen in Innenräumen. Wir werden auf der Ebene der Großregion wirksame Maßnahmen gegen den Sommersmog anstreben. Zudem werden wir autofreie Sonntage, begleitet von einem kostenlosen und verbesserten Angebot an öffentlichen Transportmitteln, organisieren. Für Berufstätige, die nicht auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können, gelten an diesen Tagen Ausnahmeregelungen.

Das Problem Wasserverschmutzung wird konsequent angegangen und mittelfristig die hohe Qualität unserer Gewässer wiederhergestellt. Zu diesem Zweck werden strenge Einleitungswerte für Schadstoffe festgelegt und neue, technisch ausgereifte Kläranlagen gebaut, bzw. weiterentwickelt. Die Zuständigkeit für Wasserwirtschaft wird wieder beim Umweltministerium angesiedelt. Wasser ist keine Ware, sondern eine Lebensgrundlage. Wir werden Wasserschutzprogramme, getrennte Kanalisationssysteme für Niederschlags- und Schmutzwasser sowie Regenrückhaltebecken fördern.

Durchgreifende Reform des Naturschutzes

Der Schutz der Luxemburger Natur darf nicht länger Stiefkind der Politik sein. Wir wollen allen heimischen Arten ausreichende Lebensräume sichern. Hierzu ist die zügige Ausweisung großflächiger und vernetzter Naturschutzgebiete ein erster Schritt. Für besonders gefährdete Arten sollen spezielle Artenschutzprogramme aufgelegt werden. Die Förderprogramme für Naturschutz und Landwirtschaft werden aufeinander abgestimmt und damit wirksamer werden. Wir werden die FSC-Zertifizierung sowie die ökologische Bewirtschaftung der Wälder fördern und in diesem Rahmen den Einsatz von Rückepferden mit den nötigen materiellen und finanziellen Mitteln unterstützen. Die Zertifizierung der Rückebetriebe ist Bestandteil einer bodenschonenden Forstpolitik.

Die Forstverwaltung wird grundlegend strukturell reformiert und durch eine bessere Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Beratungs- und Forschungsaufgaben übernehmen; der Bereich Naturschutz wird personell deutlich aufgestockt. Um dem Naturschutz eine wissenschaftliche Basis zu geben, wird ein öffentliches Institut zur unabhängigen Forschung im Naturschutzbereich geschaffen.

Mehr Bedeutung für den Tierschutz

Tiere sind leidensfähige Lebewesen, deren Bedürfnisse zu respektieren sind. Die brutale Ausbeutung von Tieren als Produktionsmaschinen in der Massentierhaltung, die Misshandlung bei Tiertransporten oder Tierversuchen ist grundsätzlich zu verbieten. Tierversuche sind durch alternative Methoden zu ersetzen. Klonen und genetische Manipulationen von Tieren bleiben verboten. Die Grünen verstehen sich als treibende Kraft im Kampf um mehr Rechte für Tiere. Wir werden das Tierschutzgesetz reformieren, den Tierschutz in der Verfassung verankern und sicherstellen, dass eine artgerechte Haltung von Tieren und der respektvolle Umgang mit diesen Lebewesen garantiert ist. Das Jagdgesetz von 1885 (!) wird im Sinne des Tierschutzes grundlegend reformiert.

Vorrang für Müllvermeidung

Oberstes Prinzip grüner Abfallpolitik ist die Müllvermeidung. Müll, der nicht vermieden werden kann, muss, so weit möglich, auf umweltfreundliche Weise wiederverwertet werden. Durch gezielte Informationskampagnen sowie gestaffelte Abfallgebühren wollen wir langlebigen, wieder verwertbaren und reparaturfreundlichen Produkten den Vorzug geben. Staat, Gemeinden und Müllsyndikate müssen bei der Müllvermeidung und Wiederverwertung eine Vorreiterrolle übernehmen. Bei öffentlichen Ausschreibungen muss auch diesem Prinzip Rechnung getragen werden. Wir werden uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass abfallvermeidende Produktionsweisen, die Rücknahmepflicht von ausgedienten Produkten durch die Hersteller, längere Garantiezeiten sowie wieder verwertbare Verpackungen zur Norm werden. Zwecks Behandlung und Beseitigung des Restmülls sollte nach eingehender, vergleichender Analyse der unterschiedlichen Systeme die ökologisch verträglichste Lösung ausgewählt werden. Anfallender Bauschutt sollte optimal behandelt und wiederverwertet werden.

1.2. Wirtschaftliche Erneuerung

Luxemburgs Wirtschaft ist unzureichend diversifiziert und weitgehend vom Finanzplatz abhängig. Sie ist in qualitativ hochwertigen, technologieorientierten und wissensintensiven Branchen unterrepräsentiert. Eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat daher auf eine Stärkung dieser Wirtschaftsbereiche abzielen. Dem Umweltschutz soll dabei ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, da Umweltschutzmaßnahmen ein besonderer Gradmesser der Innovationsfähigkeit eines Unternehmens sind. Die Zukunft gehört Unternehmen, die gleichzeitig zum Umweltschutz beitragen und modernstes technologisches Know-how fördern.

Grüne Steuerreform: ökologisch und sozial gerecht

Das Ziel der grünen Steuerreform ist, eine ökologisch nachhaltige Wirtschafts-Entwicklung einzuleiten. Sie ist ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Derzeit besteht ein großes Ungleichgewicht zwischen der verhältnismäßig hohen finanziellen Belastung des Faktors Arbeit und der vergleichsweise niedrigen Anrechnung des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen. Die zentralen Prinzipien der grünen Steuerreform bestehen deshalb in einer Senkung der Belastung des Faktors Arbeit bei gleichzeitiger moderater Erhöhung der Energiebesteuerung (Strom, Gas, Heizöl, Benzin, Diesel), der Einführung von Abgaben auf Lastwagentransporten und auf dem Wasserverbrauch und der Ergänzung der Grundsteuer durch eine Bodenversiegelungsabgabe. Durch diese Umschichtung werden wir die Investitionen in eine nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien und andere Umweltmaßnahmen finanziell absichern. Die grüne Steuerreform ist aufkommensneutral, d.h. die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen nimmt nicht zu: Staatliche Mehreinnahmen werden an anderer Stelle kompensiert oder in Form eines „Öko-Bonus“ an die Bevölkerung wiedergegeben. Wir legen besonderen Wert auf die soziale Ausgewogenheit der Steuerreform.

Der Tanktourismus ist keine nachhaltige steuerliche Einkommensquelle: Hohe Infrastrukturkosten, eine Verschlechterung der Lebensqualität in den Ortschaften, die um Großtankstellen liegen und negative Auswirkungen auf unsere nationalen Klimaschutzziele stehen den steuerlichen Einnahmen gegenüber. Wir werden eine Kosten/Nutzen-Studie in Auftrag geben, die den Impact des Tanktourismus untersucht und Wege aufzeigt, wie Luxemburg schrittweise aus dieser Nische aussteigen kann.

Priorität für Zukunftsinvestitionen

In den kommenden Jahren werden wir die staatlichen Finanzmittel vorrangig nutzen, um die erheblichen Infrastrukturdefizite im Öffentlichen Transport und im Schulbereich abzubauen und um Umweltschutzmaßnahmen und neue Technologien gezielt zu fördern. Diese Investitionen dürfen nicht länger hinausgezögert oder über die Zeit gestreckt werden. Sie werden deshalb Vorrang gegenüber den Konsumausgaben in der staatlichen Haushaltspolitik genießen.

Nachhaltige Wirtschaftspolitik

Ziel grüner Wirtschaftspolitik ist qualitatives Wachstum, an Stelle von blindem und umweltzerstörendem quantitativem Wachstum. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Luxemburg ökologisch wie ökonomisch sichern. Die Wirtschaft wird diversifiziert, indem besonders die Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden. Deshalb wird eine massive Wirtschaftsoffensive in den wachstumsträchtigen Bereichen „Umweltechnologien“ und „Öko-Dienstleistungen“ gestartet. Durch Umweltinvestitionen und steuerliche Vergünstigungen werden neue Märkte und Arbeitsplätze geschaffen. Außerdem werden wir die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Luxemburg analysieren lassen, um herauszufinden, in welchen Bereichen zusätzliche, bisher ungenutzte nachhaltige Wirtschaftspotentiale genutzt werden können. Von dieser Studie ausgehend, werden wir eine „Marketingstrategie“ entwerfen, um neue Wirtschaftszweige in Luxemburg zu etablieren: Vorrang haben Unternehmen, die unserem Land einen hohen Mehrwert bringen und hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

Der Staat kann diesen Modernisierungsschub als Auftraggeber aktiv begleiten: Mit den Grünen in der Regierung werden soziale, ökologische und ethische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden.

Starke Klein- und Mittelbetriebe

Wir werden die administrativen Prozeduren für Klein- und Mittelbetriebe überprüfen, entrümpeln und übersichtlicher gestalten. Wir wollen den „Formalitätszentren“, die der Handels- und der Handwerkerkammer angegliedert sind die Form von regional organisierten „Guichets uniques“ geben, welche den Betrieben neben der erforderlichen Beratung auch bei der Bewältigung der steuerlichen, sozialstaatlichen und sonstigen administrativen Formalitäten zur Seite stehen. Das Prinzip des „Guichet unique“ soll in diesem Sinne eine gesetzliche Basis bekommen. Diese regionalen Beratungsstellen sollen zudem in Zusammenarbeit mit den regionalen Ausbildungszentren, den Gemeinden und den regionalen und lokalen Beschäftigungsinitiativen die Marktsituation in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen analysieren, Marktlücken erforschen und die Ansiedlung entsprechender Betriebe unterstützen.

Wir wollen die Kreditmöglichkeiten für Klein- und Mittelunternehmen durch die nationale Kreditvergabebelegschaft SNCI verbessern und Gründerzentren fördern. Ziel dieser Maßnahmen ist auch eine verbesserte

Unterstützung und Beratung von Betriebsgründerinnen und -gründern. Das wirtschaftliche Potential und die Kreativität von Frauen soll generell stärker gefördert werden, z.B. durch spezifische Ausbildungsgänge und durch die finanzielle und steuerliche Förderung von Betriebsgründerinnen.

Zusätzliche Arbeitsplätze durch die Sozial- und Solidarökonomie

Wir werden durch eine konsequente Unterstützung der lokalen Kräfte (Gemeinden, Institutionen, Privatwirtschaft, Vereinigungen...) die Schaffung lokaler Arbeitsplätze in der Sozial- und Solidarwirtschaft weitertreiben. Hier entstehen auch die Dienstleistungen und werden die unmittelbarsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, die durch eine unnötige Zentralisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ins Vergessen geraten sind. Genau hier werden Arbeitsplätze geschaffen, die Menschen zur Verfügung stehen, die aufgrund ihres Alters, ihrer physischen oder psychischen Verfassung, ihrer Herkunft, ihrer familiären Situation oder aus moralischen Gründen eine Arbeit anstreben, die gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und nicht nur persönliche Bereicherung bringt. Ein solches drittes Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes bringt mehr sozialen Zusammenhalt, zusätzliche Arbeitsplätze, weniger Ausgrenzung und Gewalt und vor allem Lust auf Partizipation am gesellschaftlichen Leben.

Eine Professionalisierung der Tourismuspolitik

Grüne Tourismuspolitik in Luxemburg und in der Großregion wird die Entwicklung eines sanften, ökologischen und nachhaltigen Inlands- und Auslandstourismus fördern. Kulturelle Vielfalt, Landschafts-, Natur- und Denkmalschutz, sowie Mobilität (Fahrradförderung, Wanderwege und öffentlicher Nahverkehr) und die Förderung kleiner und sozial nachhaltiger Strukturen im Hotel-, Camping- und Gaststättenbereich sind die Basis einer erfolgreichen Tourismuspolitik in Luxemburg.

Regionale Zusammenarbeit ist ein Garant für die Aufwertung der regionalen touristischen Schwerpunkte und wird insbesondere im ländlichen Raum besser gefördert werden. Das Angebot im Indoor-Bereich wird im Sinne eines sanften Tourismus verbessert; das nationale Radwegenetz wird touristisch vermarktet. Großprojekte, wie beispielsweise eine Skihalle in Bourscheid, die auf Massentourismus abzielen, haben in der grünen Tourismuspolitik keinen Platz. Die Stärkung der Marketingstrukturen, sowie die Schaffung eines „Nationalen Tourismusinstituts“ (auf der Basis eines bereits eingebrachten grünen Gesetzesvorschlages), ermöglichen eine konsequente Verbesserung der touristischen Vermarktung Luxemburgs im In- und Ausland und somit ein optimales Ausreizen der vorhandenen touristischen Potentiale im städtischen und ländlichen Raum. Das Kulturjahr 2007 soll genutzt werden, um die Großregion als attraktives und zusammengehörendes Reiseziel bekannt zu machen.

EIN KINDER- UND JUGENDFREUNDLICHES LAND

2

2.1. Familienpolitik: Auf die Kinder kommt es an

Ein kinderfreundliches Land ist zugleich auch ein familienfreundliches Land. Maßnahmen, die es Frauen und Männern erlauben, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren, kommen nicht zuletzt den Kindern zugute. Dabei ist klar, dass familienpolitische Maßnahmen nicht als frauenpolitische Maßnahmen zu sehen sind. Frauen und Männer müssen gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre Verantwortung als Mütter und Väter zu übernehmen. Dabei sollen verheirateten und unverheirateten Paaren prinzipiell die gleichen Rechte zustehen.

Krippen und Tagesstätten: Einen Platz für jedes Kind

Jedes Kind hat Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern erschwinglichen, außerhäuslichen Kinderbetreuungsplatz. Grüne Erziehungspolitik steht für ein verbessertes und größeres Angebot an Kinderkrippen und -tagesstätten. Diese müssen, sowohl was die Zahl der Plätze als auch die Öffnungszeiten betrifft, den realen Bedürfnissen und Arbeitszeiten der Eltern entsprechen. Bei schulpflichtigen Kindern geschieht dies durch die Ganztagschule, die neben dem Unterricht eine Vielzahl von abwechslungsreichen, betreuten Freizeitaktivitäten anbietet. Es wird darauf hingearbeitet, in jeder Gemeinde qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen anzubieten, um damit die bisherigen Qualitätsunterschiede zwischen den Kommunen schrittweise abzubauen.

Eine aktive Familienpolitik muss auch die Arbeitszeitpolitik einbeziehen: Wir begünstigen eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung neuer Arbeitszeit- und Jobsharing-Modelle, die Schaffung von Kinder-Betreuungsstrukturen durch die Betriebe sowie den Ausbau von Dienststellen, die Kinder im Krankheitsfall versorgen können.

Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche

Kinder sind vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Um ihre Rechte zu sichern, wird die internationale Kinderrechtskonvention konsequent angewandt. Kinder und Jugendliche werden an Entscheidungen, die sie betreffen, in altersgerechter Form beteiligt werden. Diskriminierung, gerade im Zusammenhang mit Kindern, ist inakzeptabel. Kinder mit Behinderungen sowie Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen haben das Recht auf Unterstützung, Behandlung und Integration. Absolut verwerflich ist es, wie unser „Rechtsstaat“ mit Flüchtlingskindern umgeht. Hier werden wir andere, humanere Wege gehen.

Grundlegende Reform der Kinder- und Jugendschutzpolitik

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen werden wir eine Reform des Kinder- und Jugendschutzes durchsetzen. Dazu ist eine Trennung zwischen Jugendschutz und Jugendstrafrecht notwendig. Auf jeden Fall gehören Kinder und Jugendliche nicht ins Gefängnis; Erziehungsanstalten, wie Dreiborn sind nicht der richtige Platz für durch Missbrauch straffällig gewordene Kinder. Sowohl Kinder in Not – Opfer von Misshandlungen und Missbrauch – und straffällige Kinder, als auch deren Eltern, brauchen in erster Linie Hilfe und Unterstützung, durch angepasste Betreuung und spezialisierte Strukturen. Wir wollen eine öffentliche multidisziplinäre Beratungs- und Unterstützungsstelle schaffen, deren Kompetenz alle Bereiche der Erziehung umfasst. Die kürzlich geschaffene Elternschule soll ausgebaut werden. Auch für Kinder und Jugendliche, die von zu Hause weggelaufen sind, brauchen wir Auffangstrukturen. In allen Bereichen muss ein besonderer Wert auf der Prävention liegen.

2.2. Nach PISA: Gute Bildung für alle

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass Kinder in Luxemburg erheblich schlechter auf Beruf und Leben vorbereitet werden, als in anderen Ländern. Auf ungleiche Ausgangsbedingungen, wie Nationalität, soziale oder kulturelle Herkunft, Muttersprache oder Bildungsstand der Eltern wird in der Luxemburger Bildungspolitik kaum eingegangen. Durch diese Chancenungleichheit werden in großem Maße die Erfolgchancen der Kinder in unserem Bildungssystem und der Berufswelt gemindert. Die PISA-Experten haben betont, dass jene Länder, welche schwächere Schülerinnen und Schüler gezielt unterstützen und fördern, gleichzeitig auch den Leistungsstarken optimale Chancen bieten.

Grüne Bildungspolitik hat den Anspruch, allen Kindern eine bestmögliche Ausbildung zu garantieren. Sie setzt sich außerdem für ein neues Verhältnis zwischen Lehrpersonal und Schülerinnen und Schülern ein: Beide Seiten haben Pflichten, aber auch Rechte; gegenseitiger Respekt ist ein Grundstein grüner Bildungspolitik.

Gemeinsamer und differenzierter Unterricht

Die Orientierung nach der sechsten Klasse in drei getrennte Ausbildungsgänge ist zu früh angesetzt, wirkt starr und kaum durchlässig. Die Schule muss allen Kindern gemeinsame Grundlagen und Kompetenzen vermitteln; der Übergang zwischen den einzelnen Ausbildungsgängen muss deutlich vereinfacht werden. Außerdem muss der Unterricht stärker differenziert werden, damit alle Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten gemäß unterstützt und gefördert werden. Die Schule darf nicht mehr, wie bisher, für einen dramatisch hohen Teil der Schülerinnen und Schüler zum gesellschaftlichen Ausschluss führen. Kriterien für die weitere schulische Orientierung müssen den Kompetenzen, dem Wissen und den Wünschen der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen.

Autonomie der Schülerinnen und Schüler als Lernziel

Die Schule muss nicht nur die wichtigen Grundkenntnisse vermitteln, sondern die Kinder und Jugendlichen auch auf das Leben in einer immer komplexeren Welt vorbereiten: selbstständig arbeiten, Informationen recherchieren, Zusammenhänge erkennen, kritisch hinterfragen, Schlussfolgerungen ziehen – das sind Fähigkeiten, die nur durch aktives Lernen sowie eine globale, fächerübergreifende Herangehensweise vermittelt werden können. Die Freude am Lernen steht dabei im Vordergrund.

Wir werden in der Unterrichtspolitik den gesellschaftlichen Auftrag der Schule betonen. Durch regelmäßige Gruppenarbeiten, die Beteiligung an Projekten, Mitbestimmung und Gestaltung des Lebens in der Schule können Schülerinnen und Schüler soziale Kompetenzen, Verantwortungsbewusstsein und Kritikfähigkeit entwickeln und zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden.

Mehr Bedeutung für die Berufsorientierung

In Luxemburg werden einerseits freie Lehrstellen nicht besetzt; andererseits müssen sich immer mehr Jugendliche ohne Schulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Dies weist auf tief greifende Missstände in der Berufsorientierung hin. Wir werden der Berufsorientierung in den Schulen daher einen höheren Stellenwert einräumen; Schülerinnen und Schülern muss während ihrer gesamten Schullaufbahn eine individuelle berufliche Orientierung angeboten werden. Die Berufswahl muss wieder zu einer positiven Entscheidung werden, welche den Wünschen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern Rechnung trägt. Dazu gehört auch eine Aufwertung der handwerklichen Berufe.

Konstruktive und differenzierte Lernbeurteilung

Schülerinnen und Schüler müssen aus Fehlern lernen können. Deshalb wollen wir ein positives, konstruktives System der Lernbeurteilung einführen, das nicht Fehler bestraft, sondern Fortschritte belohnt. Das aktuelle Punktesystem kann diesem Anspruch nicht gerecht werden. Wir werden ein deskriptives Zeugnis einführen, das die Fähigkeiten, Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler darstellt. Bei Schulabgang erhält zudem jede Schülerin und jeder Schüler ein Diplom, in dem Aufschluss über das gesamte Kompetenzspektrum gegeben wird. Somit stellt eine ungenügende Note in einem Fach, sofern es nicht zu den Schlüsselfächern der Ausbildung gehört, kein Hindernis auf dem Weg zu einem Abschlussdiplom dar.

Sonderpädagogik, die Integration fördert

Grüne Bildungspolitik setzt auf Integration statt auf Ausgrenzung. Lernschwache, verhaltensauffällige sowie behinderte Kinder und Jugendliche sollen die reguläre Schule besuchen können; ein multidisziplinä-

res Team, das ein fester Bestandteil des Schulpersonals sein sollte, wird diese Schülerinnen und Schüler in einer den jeweiligen Bedürfnissen entsprechenden Infrastruktur begleiten. So bieten sich auch ihnen die bestmöglichen Ausbildungschancen. Darüber hinaus können alle Kinder erleben und erfahren, dass alle ‚anders‘ sind, und für das spätere Leben unerlässliche soziale Kompetenzen erwerben. Notwendige Sonderschulen sollen auf jeden Fall in der Nähe der „klassischen“ Schulen geplant werden, um so ein gesellschaftliches Zusammenleben zu ermöglichen.

« Ecole de la deuxième chance »

Jugendliche, die keinen Schulabschluss erreicht haben, sollten Gelegenheit haben, dies nachzuholen. Wir wollen in Luxemburg eine „école de la deuxième chance“ nach französischem Modell einrichten.

Gleichstellungspolitik im Unterricht

Wir wollen, dass die Schule ihren Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leistet. Um Jungen und Mädchen aus den jeweiligen Klischeerollen zu befreien, muss die Erziehung, Ausbildung und Berufsorientierung den spezifischen Herangehens- und Denkweisen von Jungen und Mädchen Rechnung tragen und vor allem frei sein von Geschlechtsstereotypen oder sexistischen Untertönen. Außerdem wollen wir durch eine Reform der Schulhalte Frauen sichtbar machen.

Menschenrechtserziehung als Schulfach

Wir werden an den Schulen eine Menschen- und Frauenrechtserziehung einführen. Dies stärkt das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler und damit das demokratische System. Ein verstärktes Augenmerk auf Menschenrechte lehrt auch, anders mit Konflikten umzugehen.

Gesellschaftlicher Auftrag für die Universität Luxemburg

Beim Aufbau der „Université du Luxembourg“ werden wir sicherstellen, dass Lehre und Forschung frei und unabhängig von Wirtschaft und Religion sind, dass die Entscheidungsstrukturen transparent und demokratisch sind und die verschiedenen Fachbereiche gleichwertig behandelt werden.

Auf den sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich „Luxemburger Realität“ werden wir besonderen Wert legen. Die Universität Luxemburg muss einen aktiven Beitrag zur Zukunft der Luxemburger Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Das vorgesehene „Centre interdisciplinaire“ wird kurzfristig zu einem „Centre de Recherche Public“ ausgebaut und eine Art „Zukunftsinstitut“ darstellen, das in- und ausländisches Know-how bündelt und aus interdisziplinärer und kritischer Sicht die bestehende Entwicklung Luxemburgs analy-

siert und Perspektiven für unser Land aufzeigt. Außerdem soll die Universität das multikulturelle Umfeld und die Präsenz europäischer Institutionen nutzen, um konsequent einen interdisziplinären Forschungsbereich „European Studies“ aufzubauen. Die Universität soll darüber hinaus am Aufbau effizienter Strukturen für die Volkshochschulbildung in Luxemburg beteiligt werden.

Wissen für alle

Luxemburg läuft Gefahr, den Anschluss an das Zeitalter der Wissensgesellschaft zu verpassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger leichten Zugang zu Wissen erhalten: Die Öffnungszeiten der Bibliotheken werden an die Freizeitplanung der berufstätigen Bürgerinnen und Bürger angepasst und auf Wochenenden und Spätabende ausgeweitet. Der Staat wird finanziell die Einrichtung von kantonalen bzw. regionalen Bibliotheken fördern. Zudem werden in den Gemeinden des Landes Internet-Zugangsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

2.3. Lehrer und Lehrerinnen: mehr als Wissensvermittler

Für eine neue Lernkultur ist ein Überdenken der Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals unerlässlich. Lehrerinnen und Lehrer sollen Kindern und Jugendlichen vielfältige Lernerlebnisse und Anregungen ermöglichen, auf deren individuelle Bedürfnisse eingehen und mehr als bisher im Team arbeiten können.

Pädagogik im Mittelpunkt der Lehrausbildung

Die Ausbildung des Lehrpersonals spielt eine Schlüsselrolle in unserer Gesellschaft. Sie ist daher in eine regelrechte Hochschule im Rahmen der Universität Luxemburg zu integrieren. Bei den Aufnahmekriterien stehen neben fachlichen auch pädagogische und soziale Kompetenzen im Mittelpunkt – Voraussetzungen für eine solide Grundausbildung, die neben der Praxis den Hauptakzent auf Pädagogik, Psychologie, Teamarbeit und Gruppendynamik legt. Eine hochwertige und obligatorische Weiterbildung in der Lehrtätigkeit garantiert eine kontinuierliche Verbesserung der Unterrichtsqualität. Realitätsbezogene pädagogische Forschung in Zusammenarbeit mit Studierenden und Lehrpersonal muss adäquat unterstützt werden.

Schülerinnen und Schüler haben nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Sie sollen sich mittels einer jährlichen standardisierten Evaluation zur Qualität der an ihrer Schule benutzten Lehrmethoden und der vermittelten Lehrinhalte äußern können. Dieser Evaluation muss Rechnung getragen werden. Die daraus abgeleiteten Konsequenzen müssen unter der Aufsicht einer paritätischen Kommission (Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonal und Eltern) umgesetzt werden.

Mehr Teamarbeit in der Schule

Um dem Anspruch einer modernen Schule gerecht zu werden, müssen alle, die im Lehramt tätig sind, stärker und konsequenter zusammenarbeiten: Teamwork und Verständigung untereinander, aber auch mit externen Fachleuten bringen neue pädagogische Anstöße, reduzieren die Belastung für das Lehrpersonal und erlauben es, die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich zu betreuen. Bewertungen, Projekte und Prüfungen können so zusammen erarbeitet und abgestimmt werden. Dialog und Zusammenarbeit ist mit

allen Beteiligten angesagt: Schülerinnen und Schüler, Eltern und Experten sind natürliche und nützliche Partner des Lehrpersonals. Diese ständige und enge Zusammenarbeit setzt voraus, dass Lehrerinnen und Lehrer stärker in der Schule präsent sind und in den einzelnen Gebäuden geeignete Teamarbeitsplätze für das Lehrerkollegium eingerichtet werden.

Mehr Freiraum für Schulen

Die Schule muss sich ständig weiterentwickeln, offen und beweglich bleiben. Das grüne Bildungsmodell sieht einen festen Rahmen vor, der Eigeninitiativen, neue Ideen und Projekte fördert, begleitet und auswertet. Darüber hinaus soll an den Sekundarschulen eine pädagogische Leitung eingesetzt werden. Primärschulen brauchen eine administrative und eine pädagogische Schulleitung.

2.4. Die Schule als Lebensort

Schulen sind nicht nur ein Raum für Schulunterricht. Das grüne Bildungskonzept sieht die Schule als Lebensort. Auch die Infrastrukturen müssen den vielfältigen Anforderungen einer modernen Schule, den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern Rechnung tragen. Das muss sich nicht nur in der inneren und äußeren Gestaltung der Gebäude, sondern auch in der geographischen Planung niederschlagen.

Schulen als Raum der Kreativität

Wir treten für eine ausgeglichene geographische Verteilung der Schulgebäude ein. Dies geschieht durch ein globales Angebot in den jeweiligen Regionen des Landes und kleine überschaubare und optimal ausgestattete Gebäude, die sich in die jeweiligen Ortschaften oder Städte eingliedern. Dabei müssen die Infrastrukturen nicht nur Platz für den klassischen Schulunterricht, sondern auch für neben- und außerschulische Aktivitäten im Sinne einer offen und flexibel gestalteten Ganztagschule bieten.

Eine intelligente Planung der Schulinfrastrukturen muss auf jeden Fall Engpässe und Containerklassen verhindern. Lehrende und Lernende haben einen legitimen Anspruch auf angemessene, funktionstüchtige und lebenswerte Bildungseinrichtungen.

Der Schülertransport muss besser organisiert werden: Wir werden dafür sorgen, dass das Angebot des öffentlichen Transports besser auf die Schulzeit abgestimmt wird und genügend Busse und Züge eingesetzt werden, um Schülerinnen und Schüler sicher und bequem zu befördern.

Ganztagschulen: Zur Verknüpfung von lernen und leben

Wir sehen die Schule nicht als Paukeinrichtung, sondern als Lebensort. Neben einem offenen und praxisnahen Unterricht, der notwendigen Hausaufgaben- und Nachhilfe und einem qualitativ hochwertigen "Restaurant scolaire" brauchen die Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten, um Erfahrungen zu sammeln sowie sich sportlich, kreativ und kulturell zu betätigen. Kinder und Jugendliche können so vielfältige Fähigkeiten entwickeln und zu kreativen, selbstbewussten Menschen werden. Neben festen Betreuungs- und Freizeitangeboten, die auf die Arbeitszeiten der Eltern abgestimmt sind, werden wir auch offene, frei zugängliche Strukturen wie Internetcafés, Bibliotheken und Aufenthaltsräume einrichten.

Ständiger Dialog mit der Außenwelt

Die Schule kann nicht als abgekapselte, von ihrem Umfeld abgetrennte Einheit funktionieren. Um sich weiter zu entwickeln, muss sie nach vielen Seiten hin offen sein. Sie muss Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern mit in die Gestaltung und Entscheidungen einbeziehen. Wir werden den Austausch mit anderen Schulen, aber auch mit Betrieben, Berufstätigen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kultur-, Kunst- und Sporteinrichtungen gezielt fördern.

Mehr Sport in der Schule

In jedem Menschen ist die Freude an der Bewegung angelegt. Diese Anlage muss von frühester Kindheit an gefördert und als wesentlicher Bestandteil der ganzheitlichen Erziehung begriffen werden. Der Sport im Kindes- und Jugendalter beeinflusst in hohem Maße die körperliche, psychische, soziale und intellektuelle Entwicklung gleichermaßen; er fördert selbstverantwortliches Handeln, formt die Persönlichkeit, bildet Identität und stärkt gesundheitliches Wohlbefinden. Wir werden deshalb Sport als ein gleichwertiges Unterrichts- und Ausbildungsfach in der schulischen und der beruflichen Ausbildung fördern.

Sichere Schulhöfe

Gewalt auf dem Schulhof und auf dem Schulweg ist keine Seltenheit. Repressive Maßnahmen können hier nur bedingt helfen. Starke und selbstsichere Kinder und Jugendliche müssen kaum auf verbale oder physische Gewalt zurückgreifen, um ihre Überlegenheit zu demonstrieren. Die Schule und die Gesellschaft müssen den Kindern und Jugendlichen moralische, humanistische Werte und vor allem ein starkes Selbstwertgefühl vermitteln. Individuelle Förderung, ein konstruktives Bewertungssystem, Erziehung zur Eigenverantwortung, die Möglichkeit zur Mitgestaltung in der Schule und ein sinnvolles Freizeitangebot tragen in großem Maße dazu bei.

Mediation zur Stärkung der Eigenverantwortung

Es gehört zu ihrem Auftrag der sozialen Erziehung, dass die Schule sich den Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern und dem Lehrpersonal sowie den Konflikten der Jugendlichen untereinander nicht verschließt. Die Mediation bietet eine humane und partizipative Form der Konfliktbewältigung, die von den Schülerinnen und Schülern selbst organisiert wird. Sie räumt den Jugendlichen die Möglichkeit ein, Verantwortung für die Gestaltung des sozialen Lebens in der Schule zu übernehmen. Wir werden in allen Schulen Mediationsprojekte einrichten, welche dazu beitragen, die Eigenverantwortlichkeit und das gesellschaftliche Engagement der Schülerinnen und Schüler zu fördern.

SOZIALE SICHERHEIT UND SOLIDARITÄT FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

3

3.1. Solidarität ist die Basis der Zukunft

Grüne Sozialpolitik zielt darauf ab, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das bedeutet nicht nur, dass alle am Reichtum der Gesellschaft, am Wohlstand, an der über den Staat bereitgestellten infrastrukturellen Grundsicherung im Bereich Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung und Kultur und am politischen Geschehen teilhaben können, sondern auch, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen, von Zeit und Arbeitszeit neu organisiert werden muss. Dies ist nicht nur eine Verpflichtung der Gesellschaft, von der sie wiederum selbst profitiert, sondern verbessert auch für alle Menschen die individuellen Chancen zur Umsetzung der sich selbst gesteckten Ziele.

Staatliche Vorsorge für ein menschenwürdiges Leben

Menschen, die nicht aus eigener Kraft die nötigen Mittel für ein menschenwürdiges Leben aufbringen können, haben einen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Dieses Recht beinhaltet sowohl die für den Lebensunterhalt notwendigen finanziellen Mittel, als auch den Schutz durch Kranken- und Rentenversicherung, sowie die Hilfe zum Ein- oder Wiedereinstieg ins Berufsleben. Dazu gehören zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme, die den realen Bedürfnissen der Menschen und des Arbeitsmarktes entsprechen.

Ein sicheres und soziales öffentliches Rentensystem

Im Sinne einer für alle zugänglichen Grundsicherung muss das obligatorische Rentenversicherungssystem die Hauptsäule der Altersvorsorge bleiben. Die zusätzliche betriebliche oder persönliche Altersvorsorge ist komplementär zu sehen. Zur Absicherung des öffentlichen Rentensystems sind neue Finanzierungsquellen nötig. Derzeit tragen die Arbeitnehmerseite, die Arbeitgeberseite und der Staat zu gleichen Teilen zur Rentenfinanzierung bei. Arbeitsintensive Betriebe werden damit gegenüber kapitalintensiven Unternehmen benachteiligt. Das grüne Modell sieht deshalb die Einführung einer so genannten „Bruttowertschöpfungssteuer“ für Betriebe vor. Auch eine Ökosteuer, bzw. der Ökobonus kann ein Beitrag zur Finanzierung des Rentenversicherungssystems darstellen. Nachdem sich der Rententisch an diesem wichtigen Thema vor-

bei "mogelte", werden wir eine offene und ehrliche Debatte über eine langfristige Absicherung des öffentlichen Rentensystems anstoßen.

Eigener Rentenanspruch für alle

Das Rentenmodell der Grünen schafft einen eigenständigen, individuellen Rentenanspruch für jeden Menschen: Die langfristige Einführung von minimalen, am Mindestlohn orientierten, obligatorischen Beitragszahlungen für alle Menschen (Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten ausgenommen) im erwerbsfähigen Alter macht Schluss mit Abhängigkeitsverhältnissen innerhalb von Partnerschaften und mit Altersarmut (etwa nach Scheidungen). Vereinbarungen über eine Aufteilung der Arbeit unter Partnern bedrohen nicht mehr die Altersversorgung jener, die sich in bestimmten Phasen ihres Lebens für Haus-, Betreuungs- und Familienarbeit entscheiden. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor viele Frauen nicht oder nur zeitweise berufstätig sind oder waren und daher keine eigenen Pensionsrechte aufgebaut haben.

Die Einführung einer obligatorischen Rentenversicherung für jeden ist ein langfristiges Ziel; kurzfristig, während einer Übergangszeit, treten wir für die Einführung eines „Splitting“ der Rentenrechte ein, um Härtefälle zu vermeiden.

Bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Veränderte Ansprüche an das Leben, Biographien mit Einschnitten wie Arbeitslosigkeit, Scheidung und Tod führen dazu, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger wird. Deshalb hat jedes Kind Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern erschwinglichen Kinderbetreuungsplatz. Grüne Sozialpolitik steht für ein verbessertes und größeres Angebot an Kinderkrippen und -tagesstätten. Diese müssen, sowohl was die Zahl der Plätze, als auch was die Öffnungszeiten betrifft, den realen Bedürfnissen und Arbeitszeiten der Eltern entsprechen. Bei schulpflichtigen Kindern geschieht dies durch die Ganztagschule, die neben dem Unterricht eine Vielzahl von abwechslungsreichen, betreuten Freizeitaktivitäten anbietet.

Wir begünstigen außerdem eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung neuer Arbeitszeit- und Jobsharing-Modelle, die Schaffung von Betreuungsstrukturen durch die Betriebe sowie den Ausbau von spezifischen Betreuungseinrichtungen für Kinder in deren Krankheitsfall. Desgleichen fördern wir die Schaffung von Betreuungseinrichtungen, die Kinder im Dringlichkeitsfall sofort aufnehmen, damit die Suche eines Elternteils nach einem Arbeitsplatz nicht am fehlenden Kinderkrippenplatz scheitert.

3.2. Solidarität im Alltag: Gemeinsam sind wir stark

Menschlichkeit, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit kommen nicht nur dem einzelnen Menschen zu gute, sondern bringen einen unverzichtbaren Gewinn für die Gesellschaft. Luxemburg kann es sich nicht leisten, auf die Kreativität, das Selbstbewusstsein und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu verzichten – und dies unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, sozialer oder geographischer Herkunft, Hautfarbe, Muttersprache oder Religion. Ausgrenzung können und wollen wir uns nicht leisten.

Reform der Sozialämter

Im Sozialbereich, wo ein für die Bevölkerung zum Teil undurchsichtiges Angebot an Dienstleistungen besteht, werden die Gemeindeverwaltungen eine stärkere Rolle übernehmen. Ein neues Rahmengesetz der kommunalen Sozialämter wird die flächendeckende Einführung dieser Ämter sowie eine transparentere und effizientere Sozialhilfe auf Gemeindeebene zum Ziel haben.

Zugängliche Arbeit auf lokaler Ebene: mehr Lebensqualität für alle

Solidarität darf nicht allein dem unentgeltlichen Engagement überlassen werden. Solidarität muss auch durch gezielte Unterstützung professionalisiert werden. Vor allem auf lokaler Ebene, wo Menschen auf der Suche nach einer Erwerbsarbeit viele Leistungen zugunsten der Bevölkerung erbringen wollen und dadurch ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen und aus der sozialen Abhängigkeit herausfinden können. Grüne Politik führt zu mehr Selbstständigkeit, mehr Lebensqualität und zu einer intelligenteren Aufteilung der Sozialbudgets.

Gleichstellung zwischen Frauen und Männern

Eine moderne, zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich nicht leisten, 52 Prozent der Menschen zu diskriminieren und diese in ihrer Produktivität und Kreativität zu beschränken. Die Gleichstellung der Frau ist eine der wichtigsten Zukunftsprojekte, aber auch der Zukunftschancen unserer Gesellschaft. Dazu braucht es vor allem den nötigen politischen Willen und Maßnahmen, die quer durch alle Politikbereiche für Geschlechtersensibilität und -gerechtigkeit sorgen. Der Staat als Arbeitgeber soll hier aktiv eine Vorreiterrolle übernehmen und nicht nur auf private Initiativen hoffen. Eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeitsbereiche im Privat- und Berufsleben bringt allen Beteiligten etwas: bessere Berufschancen und Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen, neue Erfahrungen und Verantwortung für Männer und positive Vorbilder für Kinder.

Chancengleichheit durch Erziehung und Bildung

Chancengleichheit beginnt während der Erziehung und Bildung: Jedes Kind hat Recht auf die bestmöglichen Bedingungen - geschlechtersensibel, integrativ, integrierend und aktivierend - in den Bereichen Schule, Betreuung und Freizeit. Familienpolitische Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen nicht zuletzt den Kindern zu gute. Ein Recht auf lebensbegleitende Aus- und Weiterbildung, das Life Long Learning, ermöglicht berufliche Neu- und Umorientierung ein Leben lang und verhindert auf diese Weise Arbeitslosigkeit und soziale wie gesellschaftliche Ausgrenzung. Arbeitslose Menschen haben einen Anspruch auf Unterstützung bei der beruflichen Wiedereingliederung durch qualitativ vollwertige Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Menschliche Integrationspolitik

Für die berufliche und gesellschaftliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern werden auf unterschiedliche Bedürfnisse abgestimmte Sprach-, Berufsorientierungs- und Weiterbildungskurse angeboten. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis müssen in Form eines permis unique gleichzeitig ausgestellt werden. Ebenso wie das Ausländerwahlrecht ist auch die doppelte Staatsbürgerschaft ein wichtiger Bestandteil einer aktiven Integrationspolitik. Verfolgung wegen des Geschlechtes muss ein Kriterium bei Asylrecht werden. Das Herkunftsland von Einwanderinnen und Einwanderern soll keine Rolle mehr spielen. Ein Land, in dem die Erinnerungen an Krieg und Vertreibung noch wach sind, muss Menschen in Not und Asylsuchenden mit Menschlichkeit und Großherzigkeit begegnen.

Gleiche Rechte und Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger

Alle Menschen, die in Luxemburg leben, sollen die gleichen Rechte und Chancen bekommen. Der Ausschluss eines Teils der Gesellschaft von Rechten und vom Zugang zu Ressourcen und die daraus resul-

tierende Entsolidarisierung haben keinen Platz in Luxemburg. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Selbstbestimmung: Die Gesellschaft muss ihnen die benötigte Hilfe und Unterstützung zukommen lassen und gleichzeitig Möglichkeiten zur Integration und für ein selbstständiges Leben bieten.

Menschenrechtserziehung

Menschen- und Frauenrechtserziehung in Schulen stärkt das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler und damit das demokratische System. Verstärktes Augenmerk auf Menschenrechte hilft Konflikte abzubauen und besser zu regeln.

Erschwingliches Wohnen für alle

Wohnen ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Wir werden durch ein Bündel von Maßnahmen erschwinglichen Wohnraum für alle Menschen in Luxemburg schaffen: dazu gehören eine vorausschauende Wohnungsbau- und Förderpolitik, eine progressive Spekulationssteuer auf Grundstücken, die im Bauperimeter liegen, aber auch Unterstützung für kinderreiche oder einkommensschwache Familien sowie für behinderte Menschen.

Aktive Politik zur Einbindung von Seniorinnen und Senioren

In unserer schnelllebigen, modernen Gesellschaft riskieren immer mehr ältere Menschen den Anschluss an das gesellschaftliche Leben zu verlieren. Ungenügende finanzielle Absicherung ist ein zusätzlicher Ausgrenzungsfaktor. Grüne Gesellschafts- und Sozialpolitik respektiert ältere Menschen als selbstständige und eigenverantwortliche Mitmenschen und versucht sie durch neue Konzepte in das gesellschaftliche Leben einzubinden. Wir werden das Angebot an altengerechten Wohnungen, Hilfs- und Pflegediensten, betreuten Wohnstrukturen sowie an Alten- und Pflegeheimen verbessern und ausbauen. Projekte, die das Zusammenleben und den Austausch zwischen verschiedenen Generationen in den Vordergrund stellen, werden gezielt gefördert.

3.3. Eine solidarische Gesundheitspolitik für die Zukunft

Das luxemburgische Gesundheitssystem ist immer noch zu einseitig auf die Behandlung von Krankheiten und die Bekämpfung von Symptomen ausgerichtet. Grüne Gesundheitspolitik steht für ein auf Solidarität, hohe Qualität und Prävention aufgebautes Gesundheitswesen: Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz sowie Fehlernährung, psychosozialer Stress, soziale Benachteiligungen und Diskriminierungen stellen individuell nur schwer beeinflussbare Krankheitsauslöser dar. Eine nachhaltige Gesundheitspolitik ist nur durch eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik zu erreichen.

Erste Klasse-Medizin für alle

Wir werden das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung erhalten. Jeder Mensch erhält die jeweils für sie oder ihn beste Gesundheitsversorgung. Wir sind gegen eine weitere Ausdehnung der Zuzahlungen zu Lasten der Patientinnen und Patienten, da dies das Solidaritätsprinzip aushöhlt. Die Sozialkosten sollen auch weiterhin zu gleichen Teilen von den Sozialpartnern getragen werden.

Wir treten für ein einheitliches Krankenkassenstatut ein und werden das Zweiklassen-System in Sachen Krankengeld abschaffen. Im Sinne einer rationellen und wirksamen Verwaltung werden wir die bestehenden Krankenkassen zu einer nationalen Krankenkasse fusionieren.

Konsequente Präventionspolitik

Wir wollen, dass die Förderung der Gesundheit zum Leitbild der Gesundheitspolitik wird. Wir treten für eine zielgerichtete, gesundheitliche Präventionspolitik ein, die neben individuellem Fehlverhalten auch deren gesellschaftliche Ursachen thematisiert und sich für gesamtgesellschaftliche und gesundheitsfördernde Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzt. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der „Union des caisses de maladie“ und dem Gesundheitsministerium soll eine konsequente Auswertung der verfügbaren

Krankheitsdaten und der Medikationen und Behandlungen ermöglichen. Auf Grund der daraus erwachsenden Erkenntnisse sollen adäquate Präventionsprogramme und effiziente Sensibilisierungskampagnen ausgearbeitet werden sowie Auffälligkeiten in den Behandlungsmethoden untersucht werden.

Rauchen gefährdet die Gesundheit der Raucherinnen und Raucher und ihrer Umwelt: Wir sprechen uns daher für ein generelles Tabakwerbeverbot aus.

Priorität für die Rechte der Patientinnen und Patienten

Wir treten für die Stärkung der Rolle der Hausärztinnen und -ärzte und eine konsequente interdisziplinäre Zusammenarbeit mit neuen Tarifmodellen ein, die sich nicht länger nach der Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten richtet. Im Sinne einer bestmöglichen Behandlung haben alle behandelnden Ärztinnen und Ärzte Zugang zu den Patientendossiers.

Die Patientinnen und Patienten haben Anrecht auf verständliche Information und Mitbestimmung - nicht nur in der Theorie. Dies garantiert zudem, dass diese sich ihrer Verantwortung für die eigene Gesundheit stärker bewusst werden.

Hohe Qualitätsstandards

Wir brauchen klare Qualitätsstandards für die medizinische Versorgung, mitsamt Personaldotationen, Infrastrukturen und Leistungen. Insbesondere die medizinischen Notdienste müssen regelmäßig einer qualitativen Analyse und Bewertung unterzogen und entsprechend angepasst werden. Wir treten für eine weitgehende Professionalisierung der Notdienste ein. Obligatorische Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte, enge Zusammenarbeit mit Universitätskliniken im Ausland sowie regelmäßige Supervision für alle im medizinischen Bereich tätige Personen sind Voraussetzungen für eine Qualitätsverbesserung. Staatliche Zuschüsse müssen deshalb in Zukunft an diese Qualitätsstandards gebunden werden.

Mehr Bedeutung für die Umweltmedizin und alternative Behandlungsmethoden

Wir werden in Luxemburg eine Klinik für Umweltmedizin schaffen. Insbesondere im Zusammenhang mit Umweltkrankheiten werden wir uns dafür einsetzen, dass dem Vorsorgeprinzip, hauptsächlich im Arbeitsbereich stärker Rechnung getragen wird. Das Gesundheitspersonal muss eine umweltmedizinische Schulung und Weiterbildung erhalten, um die Symptome von Umwelterkrankungen erkennen zu können und Patientinnen und Patienten ihren Problemen entsprechend behandeln zu können.

Wir setzen uns für eine ganzheitliche Wahrnehmung des Menschen ein und werden alle umweltmedizinischen Therapien sowie bewährte „alternative“ Behandlungsmethoden unterstützen und ihre Anerkennung und Rückerstattung anstreben.

Menschliche Gesundheitspolitik

In der Psychiatrie steht grüne Gesundheitspolitik für Behandlungskonzepte, die das Recht auf Intimität und Selbstachtung der Patienten wahren und einer Ausgrenzung entgegenwirken. Therapieangebote, die weniger auf die Verabreichung von Medikamenten setzen, werden verbessert. Bettenintensive Strukturen der Akut- und Langzeitpsychiatrie werden durch kleinere dezentrale Strukturen ersetzt. Neue Betreuungs-, Wohn- und Arbeitsstrukturen werden geschaffen, bestehende erweitert und mit den notwendigen Personaldotationen ausgestattet.

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Behandlung, die ihn von Schmerzen, physischen und psychischem Leiden befreit. Wir werden in diesem Sinn die Palliativpflege und Sterbebegleitung ausbauen. Wir sprechen uns darüber hinaus für eine Entkriminalisierung der Euthanasie und des „suicide assisté“ unter präzisen, gesellschaftlich kontrollierten Bedingungen aus.

Auch in der Drogenpolitik verfolgen wir eine realistische Politik ohne Bevormundung: Neben einer ehrlichen und vorurteilsfreien Prävention wird die Drogenpolitik so ausgelegt, dass die gesundheitlichen Risiken minimiert werden und der Überlebensfähigkeit der abhängigen Menschen Vorrang eingeräumt wird. Wir setzen auf einen konsequenten Ausbau der Therapieangebote und der Methadonbehandlung, ein dezentrales Angebot an Spritzentausch-Programmen, die Einrichtung von Notunterkünften und Räumen zum risikominimierten Drogenkonsum sowie die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe für langjährige Abhängige.

Pflegeversicherung auf hohem Niveau

Wir begrüßen die in der Reform des Pflegeversicherungsgesetzes vorgesehenen Abänderungen, fordern aber darüber hinaus zusätzliche Verbesserungen, so z. B. eine größere Transparenz in der Verrechnung der Pflegeleistungen und bei den Pensionspreisen. Um die Qualität der Leistungen zu sichern, werden die personellen Mindestnormen der Hilfsdienste heraufgesetzt. Die Vertreter der pflegebedürftigen Menschen werden in die Qualitäts- und in die Kontrollkommission aufgenommen.

Durch den Anstoß zur Einrichtung von mehr betreuten Wohnstrukturen wollen wir älteren und behinderten Menschen so lange wie möglich ein autonomes und unabhängiges Leben ermöglichen. Die Abschaffung der zentralen Bettenvergabestelle wird rückgängig gemacht und die zuständige Amtsstelle wird mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet.

Da die Bevölkerung immer älter wird, nimmt auch die Anzahl pflegebedürftiger Menschen konstant zu. Damit die Anträge in einem angemessenen Zeitraum bearbeitet werden können, wird das Personal der Bewertungs- und Orientierungsstelle systematisch an diese Bedürfnisse angepasst.

4.1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern

Eine Politik zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern darf die entscheidenden Bereiche, in denen es zu geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten kommt, nicht aussparen: Frauen müssen gleiche Rechte und Chancen im Berufsleben und in der Politik erhalten; zudem müssen sie finanziell von der Abhängigkeit des Partners gelöst werden.

Ein Chancengleichheitsministerium

Chancengleichheit bedeutet mehr als nur Frauenförderung. Gleichberechtigung bedeutet auch, dass Jungen und Männer die gleichen Rechte und Pflichten haben müssen, wie Mädchen und Frauen. In diesem Sinne wollen wir das Frauenministerium durch ein Chancengleichheitsministerium ersetzen. Dieses soll unter anderem eine differenzierte Erziehung von Jungen fördern, Männer zu mehr Engagement in Sachen gleichberechtigte Aufteilung der Rechte und Pflichten sensibilisieren, Täterprogramme initiieren, usw.

Gezielte Stärkung von Frauen im Berufsleben

Geschlechtersensibler Schulunterricht und spezielle Begleitung bei der Berufswahl verbreitern das Spektrum, in dem Frauen tätig sind. Frauenspezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme erleichtern den Wiedereinstieg von Frauen nach Erwerbspausen oder beim Wechsel des Arbeitsbereiches. Außerdem setzen wir uns für eine gezielte Ausbildung von un-, bzw. minderqualifizierten Frauen ein. Frauenförderprogramme in den Betrieben und beim Arbeitgeber Staat sollen die gläserne Decke zerschlagen, die Frauen den Aufstieg in Führungspositionen versperrt. Frauen im Berufsleben stärken heißt auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine gerechte Besteuerung. Durch eine Reform des „Comité du Travail féminin“ wollen wir dessen Kompetenzen und Befugnisse erweitern. In diesem Zusammenhang wird eine unabhängige Agentur geschaffen, welche die Nichtanwendung der Chancengleichheitsbestimmungen in der Arbeitswelt im Namen der diskriminierten Berufstätigen vor Gericht einklagen kann.

Eigenständiger Pensionsanspruch

Das Pensionsmodell der Grünen schafft einen eigenständigen Pensionsanspruch für jeden Menschen. Der Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin und der Altersarmut, etwa nach einer Scheidung, ist damit ein Riegel vorgeschoben.

Mehr politische Verantwortung für Frauen

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt entscheiden: mit paritätischen Wahllisten werden wir den Frauen den Weg in das Parlament und in die Gemeinderäte ebnet. Außerdem treten wir für eine paritätische Besetzung von Gemeindegremien ein. Parteien, die Ausbildungsprogramme für Politikerinnen oder Frauen die es werden wollen, anbieten, sollen eine finanzielle Unterstützung dafür erhalten. Alle Gesetzesvorschläge und Gesetzentwürfe sollen entsprechend des Prinzips des „Gendermainstreaming“ analysiert werden.

Frauen sichtbar machen

Wir treten für die Schaffung eines „nationalen Observatoriums der Partizipation von Frauen in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft“, eines „Conseil supérieur de l'égalité des chances“ sowie flächendeckender kommunaler bzw. regionaler Chancengleichheitsämter ein.

Moderne Verhütungspolitik

Sexuelle Aufklärung ohne falsche Tabus gehört in den Schulunterricht. Vergewaltigung ist ein Verbrechen auch in der Ehe und muss adäquat bestraft werden, d.h. höhere Strafen und Abschaffung von Verjährungsfristen für Sexualverbrechen. Wir verlangen gesetzlich festgelegte Tarife sowie die Kostenrückerstattung für Verhütungsmittel für Frauen unter 25 Jahren sowie für sozial minderbemittelte Frauen. Schwangerschaftsabbruch ist ein Recht. Wir wollen durch die Schaffung eines Zentrums für Schwangerschaftsunterbrechungen Frauen die Möglichkeit bieten, diesen Eingriff unter menschlichen Bedingungen in Luxemburg vorzunehmen zu lassen.

Rechte und Pflichten für Prostituierte, Maßnahmen gegen den Frauenhandel

Prostituierte sollen die gleichen Rechte und Pflichten haben, wie in jedem anderen Beruf auch. Gleichzeitig treten wir für die Schaffung eines nationalen Auffang- und Beratungszentrums für Prostituierte, die aus dem Beruf aussteigen möchten, ein. In diesem Zentrum sollen auch Opfer von Frauenhandel betreut werden. Außerdem werden wir eine nationale Berichterstatterin bzw. einen nationalen Berichterstatter zum Frauenhandel ernennen.

4.2. Grüne Familienpolitik: Partnerschaft fördern

Eine Familie gründet auf Partnerschaft, unabhängig vom Trauschein. Die Politik muss hetero- und homosexuelle Partnerschaften gleichermaßen fördern und Maßnahmen schaffen, um für Männer und Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu garantieren.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Berufliche Aktivität der Eltern ist kein Grund mehr für ein schlechtes Gewissen. Jedes Kind hat den Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern finanzierbaren Kinderbetreuungsplatz. Deshalb werden wir ein flächendeckendes Angebot an Kinderkrippen und -tagesstätten durchsetzen. Den Eltern steht es jedoch frei, ihr Kind zu Hause zu erziehen. Schulpflichtigen Kindern bieten Primär- und Sekundarschulen neben dem Unterricht eine Vielzahl von abwechslungsreichen, betreuten Freizeitaktivitäten an. Die Öffnungszeiten von Kinderkrippen werden wir den Arbeitszeiten der Berufstätigen anpassen. Wir unterstützen die Schaffung von Betreuungsstrukturen durch Betriebe. Auch haben die Eltern kleiner Kinder ein Recht darauf, ihre Arbeitszeit zu verringern. Nur so wird Eltern die Möglichkeit gegeben, berufliche und private Ziele zu vereinbaren.

Arbeitszeitreduzierung für ein selbstbestimmtes Leben

Viele Menschen haben heute den Wunsch, während bestimmten Lebensabschnitten weniger zu arbeiten oder sich eine Auszeit zu gönnen. Wir werden ein Rahmengesetz verabschieden, das innovative Modelle der Arbeitszeitreduzierung fördert. Es soll in Zukunft möglich sein, Urlaubstage über Jahre auf einem flexiblen „Zeitkonto“ anzusparen, und diese dann zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen, z.B. um sich mehr Zeit für Kinder und Familie zu nehmen.

Vaterschaftsurlaub

Analog zum „congé de maternité“ haben Männer Anspruch auf Vaterschaftsurlaub bei der Geburt ihrer Kinder. Die Bindung, die ein Kind in den ersten Lebenswochen zu seinen Eltern aufbaut, ist ein Kapital für das Leben: Sie bietet Sicherheit und schafft Vertrauen, und sie schafft die Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Kinderbetreuung.

Gleiche Rechte für homosexuelle und heterosexuelle Partnerschaften

Wir werden eine rechtliche Anerkennung für nichtverheiratete Paare einführen. Wir setzen uns für die Gleichbehandlung homosexueller und heterosexueller Partnerschaften ein und werden die Homo-Ehe einführen. Lesbische und schwule Paare werden somit über die gleichen Rechte und Möglichkeiten, wie heterosexuelle Paare verfügen.

4.3. Ein neuer politischer Stil

Eine starke Demokratie und hohe Transparenz haben für uns Priorität. Wir wollen durch gesetzliche Regelungen Vetternwirtschaft, Ämterhäufung und finanziellen Unregelmäßigkeiten einen Riegel vorschieben. Zudem werden wir die Verflechtung zwischen Staat und Kirche unterbinden und uns für eine aktive Integration von Ausländerinnen und Ausländern einsetzen.

Mehr Bürgerbeteiligung

Referenden und Bürgerentscheide ermöglichen den Menschen, Politik aktiv mitzugestalten. Die Regierung hört nicht nur Gewerkschaften und Patronat an, sondern auch andere Teile der Zivilgesellschaft. Zusammen mit unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bilden Umweltverbände, Drittwelt-Organisationen, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen u.a. einen ständigen Nachhaltigkeitsrat. Ein „congé associatif“ sowie ein verbesserter „congé politique“ fördern ehrenamtliches Engagement. Wir wollen gut informierte Bürgerinnen und Bürger: Privatleute und Organisationen erhalten ein Einsichtsrecht in öffentliche Dokumente. Im Vorfeld großer Projekte gilt für den Staat eine Informationspflicht. Bürgerinitiativen sind wichtige Elemente einer lebendigen Demokratie.

Transparente Politik

Wir werden für ein Ende der schwarz-rot-blauen „Dysfonctionnements“ sorgen. Transparenz beim Staat ist oberstes Gebot: die politische Neutralität von Staatsbeamtinnen und Staatsbeamten wird strikt eingefordert, ihre Aufgabengebiete werden genau festgelegt und die Ämterhäufung wird begrenzt. Politische Beratung und Verwaltung sind strikt getrennt. Politik darf nicht käuflich sein: ein Gesetz verpflichtet die Parteien, ihre Konten offen zu legen und regelt die Praxis von Parteispenden. Eine staatliche Grundfinanzierung garantiert die Unabhängigkeit der Parteien von der Wirtschaft. „Gläserne“ Abgeordnete müssen ihre außerparlamentarischen Tätigkeiten für Unternehmen und Interessenverbände öffentlich machen. Wir führen ein Korruptionsregister ein: in Korruption verstrickte Unternehmen erhalten keine öffentlichen Aufträge mehr.

Mehr Demokratie für eine bessere Integration

Wir wollen mehr Demokratie in das Parlament und die Gemeinderäte bringen. 37% der Einwohnerinnen und Einwohner Luxemburgs haben einen ausländischen Pass und verfügen über keine oder wenige politische Rechte. Wir wollen Integration statt Parallelgesellschaften: alle in Luxemburg lebenden Menschen sollen über ihre gemeinsame Zukunft mitentscheiden können. Bei den Gemeindewahlen werden die an die Nationalität gebundenen Beschränkungen abgeschafft. Der Staat übernimmt eine aktive Rolle bei der Förderung der Einschreibung von Nicht-Luxemburgerinnen und Nicht-Luxemburgern auf die Wählerlisten. Der Doppelpass wird in Luxemburg lebenden Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, an den Luxemburger Nationalwahlen teilzunehmen, ohne die eigene Herkunft zu verleugnen.

Modernes Wahlrecht

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt mitentscheiden: mit paritätischen Wahllisten werden wir Frauen den Weg in das Parlament und die Gemeinderäte ebnen. Das aktive Wahlalter wird auf 16 Jahre gesenkt, damit die Jugendlichen politisch stärker eingebunden werden. Die Wahlpflicht wird abgeschafft. Das „Panaschieren“ wird eingeschränkt, damit politische Inhalte wieder wichtiger als Persönlichkeiten werden. Wir wollen den Staatsrat reformieren: Seine Zusammensetzung und die Bestellung seiner Mitglieder sollen geändert werden, damit er demokratisch funktioniert und die wichtigsten gesellschaftlichen Strömungen versammelt.

Effiziente Verwaltungen im Dienst der Bürger

Wir wollen effiziente und bürgerfreundliche Verwaltungen. Überflüssige Bürokratie und schwerfällige Prozeduren werden wir abbauen. Verwaltungen sollen nach den Prinzipien einer modernen, effizienten Arbeitsorganisation umgestaltet werden und klare Kompetenzstrukturen erhalten. „Guichets uniques“ im ganzen Land werden zur zentralen Anlaufstelle für Bürger und Unternehmen – es wird nicht mehr nötig sein, von einer Behörde zur nächsten zu laufen. Der Staat schafft endlich den Anschluss an das Internet-Zeitalter: viele Behördengänge können in Zukunft von zuhause aus mit dem Computer erledigt werden. Wir werden kommunale bzw. regionale Chancengleichheitsämter schaffen.

Trennung zwischen Staat und Kirchen

Freie Religionsausübung ist und bleibt ein Grundrecht. Da religiöse Praxis Privatsache ist, soll sie nicht länger vom Staat organisiert und subventioniert werden. Wir werden Kirchen und Staat nicht abrupt trennen, sondern schrittweise entflechten. Unser langfristiges Ziel ist ein laizistischer Staat. Für die Übergangszeit werden die staatlichen Subventionen durch eine von Gläubigen freiwillig zu entrichtende Kirchensteuer ersetzt. Der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen wird abgeschafft und durch einen allgemeinen Werteunterricht ersetzt.

4.4. Starke Gemeinden

Eine starke Demokratie setzt starke Gemeinden voraus, die finanziell und fachlich fähig sind, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Doch in der Realität steht den Schöffenräten bisher zu wenig Zeit zur Verfügung, um ihre Entscheidungen im Dialog und mit Sachverstand zu treffen. Auch eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen wird zwar seit langem versprochen, aber in Wirklichkeit wurden die Gemeindefinanzen gekürzt. Grüne Gemeindepolitik wird resolut Maßnahmen zur Behebung dieser Missstände einleiten.

Intelligente und demokratische Regionalisierung

Die vom "Programme Directeur d'aménagement du territoire" vorgeschlagenen sechs Planungsregionen sollen sicherstellen, dass sich das Land polyzentrisch entwickelt und die Zusammenhänge zwischen regionalen Zentren und Umland besser strukturiert werden. Die Regionalisierung mit einer demokratischen Beteiligung der Gemeinden und der Bevölkerung ist ein wichtiger Schritt für die Entwicklung und Umsetzung von nachhaltigen Strategien auf sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ebene. Wir stehen zum Prinzip der regionalen Zentren und wollen diese unter aktiver Einbindung der Bürgerinnen und Bürger „von unten“ fördern. Für die Einbeziehung der Bevölkerung, den Aufbau der vom Landesplanungsgesetz vorgesehenen Gemeindegremien und professionelle Beratung braucht es personelle und finanzielle Unterstützung. Wir werden einen Regionalfonds einführen, der einen finanziellen Anreiz für eine kohärente Regionalpolitik schafft.

Professionalisierung der Gemeindeführung

Wir fordern wesentlich erhöhte Freistellungen und den konsequenten Ausbau der politischen Weiterbildung der Mandatsträgerinnen und -träger. So kann auch eines der wichtigsten Gesellschaftsprojekte, die politische Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, weitergebracht werden.

Durchgreifende Reform der Gemeindefinanzen

Wir werden die Verteilungsmechanismen der öffentlichen Gelder zwischen Staat und Gemeinden gerechter und transparenter gestalten. Eine "grüne" Reform der Gemeindefinanzen wird jene Gemeinden und Regionen unterstützen, die eine kohärente dauerhafte Entwicklung anstreben und nicht jene, die mit einer völlig überzogenen wirtschaftlichen Entwicklung ihre Kassen füllen wollen. Die Kluft zwischen armen und reichen Gemeinden soll abgebaut werden.

Mehr Beratung und weniger Bevormundung für Gemeinden

Wir werden die Distriktskommissariate, die im Moment kaum mehr leisten als eine sehr langsame Briefvermittlung, modernisieren und auf regionaler Ebene Beratungen vor Ort ermöglichen. Es ist auch sehr ungesund, dass die Gemeinden gegenüber einem Innenminister, der sowohl für ihre administrative und finanzielle Kontrolle, wie für Landesplanung, Wasserwirtschaft und innere Sicherheit zuständig ist, kaum als gleichberechtigte Partner auftreten können. Wir werden uns für ein Innenministerium einsetzen, das weniger Zuständigkeiten auf sich vereinigt und stattdessen mehr Zeit und Einsatz für die Gemeinden zeigt. Überflüssige Bürokratie und absurde Abstimmungsprozeduren, wie die Ernennungen von Lehrerinnen und Lehrern werden wir abbauen, ohne dabei die Zuständigkeit der Gemeinden in Frage zu stellen.

Sozial- und Solidarwirtschaft fördern

Lokale und regionale Entwicklung sind Motor und Puffer des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Arbeitsplätze und Lebensraum schaffen, gesellschaftliche Unterschiede abbauen, Partizipation ermöglichen, solidarisches Bewusstsein stärken: all dies geschieht in den Gemeinden und wird von uns im Rahmen einer durchdachten Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft gefördert werden.

4.5. Eine Gesellschaft in der Vielfalt

Erst durch ihre Vielfalt wird eine Gesellschaft reich. Grüne Politik setzt sich für die aktive Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ein und respektiert die Bedürfnisse älterer Menschen. Eine vielfältige Gesellschaft schafft in allen Bereichen des Lebens gleiche Chancen für Behinderte. Auch Partnerschaften müssen in einer pluralistischen Gesellschaft neu geregelt werden.

Menschlichkeit und Integration

Für die berufliche und gesellschaftliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern werden auf unterschiedliche Bedürfnisse abgestimmte Sprach-, Berufsorientierungs- und Weiterbildungskurse angeboten. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis müssen miteinander verknüpft werden. Ebenso wie das Ausländerwahlrecht ist auch die doppelte Staatsbürgerschaft ein wichtiger Bestandteil einer aktiven Integrationspolitik. Menschen in Not und Asylsuchenden sollte mit Menschlichkeit und Großherzigkeit begegnet werden.

Seniorinnen und Senioren einbinden

In unserer schnelllebigen, modernen Gesellschaft riskieren immer mehr ältere Menschen den Anschluss an das gesellschaftliche Leben zu verlieren. Ungenügende finanzielle Absicherung ist ein zusätzlicher Ausgrenzungsfaktor. Grüne Politik respektiert die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und versucht sie durch neue Konzepte in das gesellschaftliche Leben einzubinden. Das Angebot an altengerechten Wohnungen, Hilfs- und Pflegediensten, betreuten Wohnstrukturen sowie an Alten- und Pflegeheimen muss verbessert und ausgebaut werden. Projekte, die das Zusammenleben und den Austausch zwischen verschiedenen Generationen in den Vordergrund stellen sowie Wohngemeinschaften für Seniorinnen und Senioren werden gezielt gefördert.

Das öffentliche Leben für behinderte Menschen zugänglich machen

Der Abbau von Barrieren ist Voraussetzung für die freie Entfaltung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum. Ein Rahmengesetz zur Integration und Nicht-Diskriminierung von Behinderten schafft

diese Voraussetzung. Behinderte Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung: Die Gesellschaft muss ihnen die benötigte Hilfe und Unterstützung zukommen lassen und gleichzeitig die Möglichkeiten zur Integration und für ein selbstständiges Leben bieten.

4.6. Den Jugendlichen eine Stimme geben

Jugendpolitik darf kein Schattendasein fristen, sondern muss einen hohen Stellenwert erhalten. Luxemburg braucht das kritische Engagement der Jugendlichen, um sich zu erneuern. Eine Gesellschaft, die sich allein auf die Verteidigung der Besitzstände der alten Generation konzentriert, verspielt ihre Zukunft.

Vernetzte kommunale Jugendpolitik

Ziel grüner Jugendpolitik ist es, Jugendliche darin zu unterstützen, selbstständig, kritisch und eigenverantwortlich zu handeln, Pflichten zu respektieren und Rechte wahrzunehmen. Jugendliche wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen und sich aktiv für ihre Zukunftschancen einsetzen. Wir treten dafür ein, dass es auf Gemeindeebene zu einer Vernetzung und Kooperation aller Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe kommt.

Demokratische Einbindung der Jugend

Jugendliche müssen an den politischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir werden das aktive Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen und die Jugendkommunalpläne, die sich in der Praxis bewährt haben, stärker fördern und ausbauen: Kinder- und Jugendforen und Kinder- und Jugendparlamente sind zu unterstützen. Wichtig ist, dass diese Initiativen von den jungen Menschen selbst ausgehen und mitorganisiert werden.

4.7. Vielfalt bei Medien, Kultur und Sport

Kultur, Kunst und Medien sind das Fundament des gesellschaftlichen und demokratischen Lebens. Eine größere Freiheit und ein verbesserter Zugang zu Medien und Arbeit im Kulturbereich fördert Kreativität, freie Meinungsäußerung, öffentliche Debatte, Kontrolle der Politik und somit Partizipation. Die Unterstützung der Pluralität ist das Leitbild grüner Medien- und Kulturpolitik. Die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt Luxemburgs ist eine Stärke, die gezielt gefördert werden muss. Auch Sport fördert nicht nur die Gesundheit, sondern kann ein vorbildliches Mittel zur gesellschaftlichen Integration sein: Wir treten daher dafür ein, besonders dem Breiten- und dem Schulsport mehr Bedeutung zukommen zu lassen.

Pluralität der Medien

Freie, unabhängige Medien sind ein wichtiger Bestandteil einer gut funktionierenden Demokratie. Pressehilfe zielt auf Schaffung und Erhaltung von Medienvielfalt. Gefördert werden nicht automatisch marktbeherrschende Publikationen, sondern jene, die im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft von Bedeutung sind. Durch geeignete Rahmenbedingungen wollen wir gezielt die Produktion und Verbreitung von soziokulturell und künstlerisch wertvollen Inhalten ermöglichen.

Kulturpolitik für Vielfalt und Innovation

Wir widersetzen uns nicht pauschal der Unterstützung von Prestigeeinrichtungen und -veranstaltungen, fordern jedoch eine stärkere und ausgewogene Förderung von Kulturinitiativen von unten. Ziel der Kulturpolitik wird es sein, einen möglichst hohen Anteil der Bevölkerung am kulturellen Leben zu beteiligen. Soziokulturell orientierte Organisationen und Projekte, die oftmals über sehr eingeschränkte Mittel verfügen und auf das persönliche Engagement von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen sind, werden gezielt unterstützt. Darüber hinaus kommt der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen eine Schlüsselrolle zu.

Demokratische Kulturpolitik basiert auf der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Neben den traditionellen Kultureinrichtungen müssen daher die zeitgenössischen, innovativen Kunst- und Kulturformen und der kritische Diskurs generell großzügiger gefördert werden.

Bei der Unterstützung gibt grüne Kulturpolitik der künstlerischen Schöpfung und soziokulturellen Projekten die Priorität vor kulturellen "Massenveranstaltungen".

Um ein autonomes Kulturschaffen zu ermöglichen, brauchen die Kulturschaffenden eine ausreichende soziale Absicherung sowie geeignete materielle wie auch infrastrukturelle Bedingungen. Wir plädieren daher für eine großzügigere Handhabung des Künstlerinnen- und Künstlerstatuts.

Konsequente Förderung des Schul- und Breitensports

Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit. Er ist stärker in Maßnahmen der Prävention, der Rehabilitation und der Therapie einzubeziehen. Drogen gehören nicht zum Sport: Doping sollte im Leistungs-, wie im Breitensport aktiv bekämpft werden. Unangemeldete Kontrollen sind ein wirksames Mittel und werden eingeführt. Grüne Sportpolitik setzt sich für eine konsequente Förderung des Breitensports ein: Wir wollen das Angebot an Sportzentren landesweit gleichmäßiger und behindertengerechter ausbauen und deren Öffnungszeiten zu Ferienzeiten sowie an Sonn-, Feiertagen und Wochenenden an die Freizeitplanung der berufstätigen Kundinnen und Kunden und der Familien anpassen.

Sportliche Betätigung stärkt die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen. Sie fördert ihre persönliche Leistungsfähigkeit, erweitert ihre räumliche und soziale Mobilität, gibt neuen Lebensmut und erleichtert die Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ungehinderten Zugang zu Sportstätten jeglicher Art haben und sich unsere Sportvereine verstärkt für Behinderte öffnen.

4.8. Eine sichere Gesellschaft mit starken Bürgerrechten

Mehr Sicherheit kann nicht durch schiere Repression und eine Beschneidung der Bürgerrechte erreicht werden. Wir geben bei der Bekämpfung der Kriminalität einer ganzheitlichen Sicht auf die Problematik Vorzug. Eingriffen in die Privatsphäre muss ein klarer Riegel vorgeschoben werden.

In Sicherheit leben

Wir wollen eine sichere Gesellschaft. Dafür setzen wir neben Repression auch auf gezielte Prävention: Dies bedeutet bessere Schulen, mehr soziale Sicherheit und eine engagierte Kommunalpolitik gegen Gettoisierung. Unbürokratische und bürgernahe „Commissariats de proximité“ sorgen für Sicherheit in der Gemeinschaft. Der Strafvollzug wird reformiert und humaner gestaltet: wir wollen uns für niedrige Rückfallquoten und eine erfolgreiche Resozialisierung ehemaliger Strafgefangener einsetzen. Grüne Drogenpolitik setzt auf Vorbeugung und Therapie und entlastet Polizei und Gefängnisse. Wir werden entschieden gegen organisierte Kriminalität, Frauenhandel und Wirtschaftskriminalität vorgehen.

Verantwortungsvoller Umgang mit Drogen

Grüne Drogenpolitik setzt auf eine ehrliche und vorurteilsfreie Prävention, einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Drogen und Risikominimierung.

Wir treten für die Legalisierung von Cannabis ein. Der Konsum und Besitz kleinerer Mengen illegaler harter Drogen soll entkriminalisiert werden, sowie die ärztlich kontrollierte Freigabe von Heroin zugelassen werden.

Die Jugendkriminalität eindämmen

Starke und selbstsichere Kinder und Jugendliche werden nicht so schnell Opfer oder Täter von Jugendkriminalität. Grüne Schulpolitik fördert die individuellen Stärken von Kindern und Jugendlichen und vermittelt ein starkes Selbstwertgefühl. An den Schulen soll die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen deutlich verstärkt werden: Schülerinnen und Schüler haben nicht nur Pflichten, sondern auch klare Rechte. Im Rahmen der Ganztagsbetreuung sorgen die Schulen für sinnvolle Freizeitaktivitäten. Gefährdeten Kindern und Jugendlichen wird geholfen, sie werden nicht weggesperrt. Wir werden das Angebot an Betreuungsstrukturen im Bereich der Jugendpsychiatrie, der Drogen- und Familientherapie sowie der Tag- und Nachtbetreuung stark verbessern.

Gerechte und effiziente Justiz für alle

Wir wollen eine effiziente und transparente Justiz, die die Bürgerinnen und Bürger nicht jahrelang auf ein Urteil warten lässt. Die Justizbehörden werden personell verstärkt und die Ausbildung von Richterinnen und Richtern, Beamtinnen und Beamten und Polizei der Realität angepasst. Besonders im Bereich der Wirtschaftskriminalität besteht Nachholbedarf. Zur Entlastung der Gerichte werden wir die Prozeduren vereinfachen und überflüssige Bürokratie abbauen. Kleinere Vergehen werden in Zukunft außergerichtlich verhandelt werden können.

Starke Bürgerrechte

Starke Bürgerrechte sind unverzichtbar. Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung zu äußern und öffentlich zu demonstrieren. Gesetze, die dies einzuschränken versuchen, werden wir ändern. Wir sind gegen einen Überwachungsstaat und für den Schutz der Privatsphäre. Deshalb werden wir den Geheimdienst und das Abhörgesetz reformieren und eine klare parlamentarische Kontrolle einführen. So wird sichergestellt, dass der Geheimdienst lediglich zur Verbrechensbekämpfung und nicht zum Ausspionieren kritischer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt wird.

LUXEMBURG, GROBREGION, EUROPA UND GERECHTE GLOBALISIERUNG

5

5.1. Mehr Europa tut der Umwelt und den Bürgerinnen und Bürgern gut

Wir bekennen uns eindeutig zur Europäischen Union und zu einem vertieften europäischen Einigungsprozess. Wir wollen eine große und starke Union, die sich nicht nur auf Binnenmarkt und Währungsunion beschränkt. Sie muss Demokratie, Bürgernähe, hohe soziale Standards und globalen Umweltschutz als politische Leitprinzipien haben.

Die erweiterte EU ist für uns eine einzigartige Möglichkeit, für 450 Millionen Europäerinnen und Europäer wichtige Fortschritte im Bereich der Bürger- und Verbraucherschutzrechte sowie nachhaltige Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsnormen durchzusetzen. Eine starke Europäische Union hat die Kraft, unsere positiven Errungenschaften gegenüber anderen Modellen zu verteidigen.

Eine starke Großregion für ein starkes Luxemburg

Luxemburg ist sozial, kulturell und wirtschaftlich sehr stark mit der Großregion verstrickt: Unser Land braucht daher in allen Politikfeldern eine Politik für die Großregion. Eine stärkere Institutionalisierung der grenzübergreifenden Kooperation wird zur Basis für eine erfolgreiche Umsetzung grenzüberschreitender Konzepte. Durch verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit werden die Dienste für die Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen verbessert. Grüne Politik für die Großregion wird landesplanerische Aufgaben und Mobilitätsfragen, wie beispielsweise Grenzpendlerverkehr und Bevölkerungswachstum mit einem grenzüberschreitenden Ansatz angehen. Eine Stärkung der Großregion im erweiterten Europa wird den regionalen Arbeitsmarkt auf Dauer stabilisieren und den Standort Luxemburg als europäische Hauptstadt festigen. Die Förderung kleinräumiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit und die Unterstützung grenzübergreifender Kooperation im Bereich Tourismus und Kultur werden neue regionale Absatzmärkte und zukunftssträchtige Perspektiven für Luxemburger Unternehmen eröffnen.

Eine sicherheitspolitische Vorreiterrolle für die EU

Wir setzen uns für eine Vereinfachung der politischen Entscheidungsfindung ein, damit die EU handlungsfähiger und glaubhafter wird. Dies ist insbesondere im Bereich der gemeinsamen europäischen Außenpolitik nötig. Im UN-Sicherheitsrat muss die Europäische Union mit einer Stimme sprechen.

Die EU muss eine umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitische Vorreiterrolle in der Welt übernehmen und die Globalisierung für die Menschen inner- und außerhalb Europas positiv gestalten. Eine selbstbewusste EU darf ihren Einfluss nicht auf militärische Stärke aufbauen: Wir unterstützen eine schnelle EU-Eingreiftruppe für friedensstiftende und friedenssichernde Missionen. Eine richtige Europäische Armee macht aber nur Sinn, wenn sie als Konsequenz zur Auflösung der nationalen Armeen führt.

Starke Bürgerinnen- und Bürgerrechte

Grüne Politik schafft ein transparenteres und demokratischeres Europa. Wir treten für die volle Mitbestimmung der einzig direkt gewählten EU-Institution, dem Europaparlament, zur Stärkung der europäischen Demokratie ein.

Wir wollen die nationale und europäische Zivilgesellschaft stärken, damit diese den starken und gut organisierten Wirtschaftslobbies in Brüssel Paroli bieten kann. Die EU, und besonders die EU-Kommission, darf nicht zur alleinigen Interessenvertretung der Konzerne werden. Eine strikte Reglementierung der europäischen Wettbewerbspolitik muss verhindern, dass einzelne Konzerne wichtige Bereiche wie Strom, Gas oder Telekommunikation beherrschen. Auch dürfen einige wenige Konzerne nicht länger die europäische Medienwelt dominieren, auch nicht in den einzelnen Ländern. Nur richtig informierte Bürgerinnen und Bürger können richtige politische Entscheidungen treffen. Um Situationen, wie in Italien, in Zukunft zu verhindern, will grüne Politik die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien in Europa stärken.

Besonders in Mittel- und Osteuropa müssen große Anstrengungen unternommen werden, um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen: wir werden daher die demokratischen Entwicklungen in diesen Ländern aktiv unterstützen und die dortige Zivilgesellschaft stärken.

Schutz des europäischen Sozialmodells

Beschäftigungs- und Sozialpolitik müssen zentrale Aufgaben der Europäischen Union werden. Das leistungsfähige europäische Sozialmodell muss weiterentwickelt werden. In dieser Hinsicht treten wir auch für die Einführung eines europäischen Streikrechts und für eine deutliche Stärkung der Gewerkschaften, sowohl auf nationalem wie auf EU-Niveau, ein. Wir wollen die Liberalisierungswelle bremsen und in eine Tendenz zur Re-Regulierung umkehren. Besonders die Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen muss sichergestellt werden. Ein leistungsfähiges Sozialmodell soll auch auf Kosten der Militärbudgets rea-

liert werden. Schon deshalb will grüne Europapolitik einen sozialen Rückschritt in Richtung US-Modell auf jeden Fall verhindern.

Wir werden uns für eine stärkere Koordination der nationalen Beschäftigungspolitiken einsetzen und sie auf die Ziele Vollbeschäftigung und hohe einheitliche Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht ausrichten. Wir treten für die Schaffung eines europäischen Investitionsfonds ein, der beschäftigungsintensive, dezentrale Infrastrukturprojekte finanziert (Erneuerbare Energien, öffentlicher Transport, Umweltschutz, Stadterneuerung, ...) und somit neue Arbeitsplätze schafft. Auch bei der Vergabe der EU-Strukturfördermittel wollen wir dafür sorgen, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erhaltung der Umwelt Vorrang haben.

Wir werden uns weiterhin auch auf europäischer Ebene für eine Stärkung der Sozial- und Solidarökonomie einsetzen. Die Europäische Kommission verweist in der gemeinschaftlichen Beschäftigungsstrategie auf das erhebliche Potenzial der lokalen Entwicklung und setzt auf das Modell der Gesellschaften ohne Gewinnzweck (asbl) als arbeitsmarktförderndes und sozial integratives Instrument.

Hoher Stellenwert für den Umweltschutz

Wir sehen die erweiterte EU als eine einzigartige Möglichkeit, nachhaltigen Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutz für rund 450 Millionen Europäer durchzusetzen. Das Verursacherprinzip soll europaweit verankert werden.

Grüne EU-Politik hat in den letzten Jahrzehnten dem Umweltschutz europaweit einen festen Platz verschafft. Die nächste Herausforderung ist eine verstärkte Integration von Umweltschutz und Nachhaltigkeit in alle EU-Politikbereiche und prioritär in die Transport-, Energie-, Agrar- und Welthandelspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Konkret heißt dies beispielsweise den Straßentransport stärker auf die Schiene verlegen, den Transitverkehr einschränken, den Ausstieg aus der Atomkraft vorbereiten, strengere Klimaschutzziele vorschreiben, eine Stärkung des Verbraucherschutzes herbeiführen, eine gesunde und gentechnikfreie Landwirtschaft ohne unnütze Tiertransporte fördern und sich für einen fairen und solidarischen Welthandel stark machen.

Ein umweltfreundliches Europa setzt auch eine Reform der europäischen Steuerpolitik voraus: Eine Ökologisierung des europäischen Steuersystems schafft zusätzliche Arbeitsplätze und fördert Umwelt, Forschung, Innovation und technologische Entwicklung in allen Mitgliedstaaten.

EU als aktiver Friedensstifter

Wir wollen die Rolle Europas in der Weltpolitik stärken und die positiven humanistischen Werte gegen die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Hegemonieansprüche der USA verteidigen. Nur eine starke,

selbstbewusste EU kann international eine aktive und glaubhafte Rolle als Vermittler und als Friedensstifter übernehmen. Ein grünes Europa wird der Konfliktprävention mehr Gewicht geben, internationale UNO-Friedensmissionen unterstützen sowie auch selbst mit Konfliktpartnern und internationalen Institutionen friedliche Konfliktlösungen ausarbeiten. Die Akzente werden deutlich auf Prävention und friedliche Konfliktlösung gelegt. Krieg ist keine Lösung.

Wir widersetzen uns dem Versuch, die EU zu einer militärischen Großmacht aufzurüsten. Die NATO muss konventionell und atomar abrüsten. Wir setzen uns für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ein. Rüstungsexporte in außereuropäische Staaten müssen soweit wie möglich unterbunden und ein internationales Produktionsverbot für Landminen und ähnliche Waffentypen weltweit durchgesetzt werden.

5.2. Luxemburg in Europa festigen

Dank der EU hat Luxemburg heute weit mehr Einfluss in Europa, als es angesichts seiner bescheidenen Größe allein je hätte erreichen können. Die Erweiterung wird die EU auf eine Gemeinschaft von 450 Millionen Menschen vergrößern und damit der Union zusätzliches Gewicht in internationalen Verhandlungen verschaffen. Eine starke EU stärkt dabei auch die Rolle Luxemburgs in der Welt. Luxemburg muss diese Position durch eine intelligente Personal- und Informationspolitik festigen.

Angemessene politische Vertretung

Wir setzen uns dafür ein, dass Luxemburg weiterhin angemessen in den EU-Gremien vertreten ist. Wichtige Prinzipien sind: ein Kommissar pro Land, weiterhin sechs Europaabgeordnete und eine gute Mindest-Stimmgewichtung im Ministerrat.

Mehr Humankapital und Kompetenz

Luxemburg kann seinen Einfluss in den EU Gremien nur dann geltend machen, wenn es über ausreichend fachlich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter in den verschiedenen EU Institutionen verfügt. Derzeit sind die Luxemburger Interessen angesichts einer eng bemessenen Personaldecke nur unzureichend in Brüssel vertreten. Wir werden uns deshalb für eine deutliche Aufstockung des Personals und der luxemburgischen Präsenz in Brüssel einsetzen. Darüber hinaus muss auch den Luxemburger Verwaltungen mehr Personal mit ausgewiesenen EU-Kompetenzen zur Verfügung gestellt werden. Zudem werden wir uns ebenfalls für eine bessere Information und Schulung der interessierten Bevölkerung in Bezug auf Stellenangebote und Karriereöglichkeiten in den EU-Institutionen einsetzen.

Starkes Parlament und eine starke Zivilgesellschaft

Wir werden das Luxemburger Parlament besser informieren und stärker in die EU Politik einbinden. Bei rund zwei Dritteln der vom Parlament verabschiedeten Texte handelt es sich um in nationales Recht umgesetzte EU-Direktiven. Bei der Verhandlung dieser Texte in Brüssel haben die bisherigen Regierungen aber das Luxemburger Parlament, wie auch die gesamte Öffentlichkeit, nur ungenügend beteiligt. Dies schadet sowohl dem Ansehen des Parlaments wie auch dem Prinzip der Transparenz, der Bürgernähe und der Demokratie. Auch die Zivilgesellschaft muss stärker in europäische Entscheidungsprozesse eingebunden werden: Wir werden der Zivilgesellschaft spezifische staatliche Mittel für die Europaarbeit zur Verfügung stellen.

Europa in Schule und Medien

Unser Leben wird stark durch die EU beeinflusst. Tagtäglich treffen unsere Ministerinnen und Minister sowie die Europaabgeordneten in Brüssel oder Strassburg Entscheidungen, die unseren Alltag verändern. Grüne Politik will deshalb besser über die Funktionsweise und die Vor- und Nachteile der EU aufklären, sei es in der Schule oder durch die Medien. Wir werden uns für eine stärkere Eingliederung des Themenfeldes „Europäische Union“ in die Bildungsprogramme sowie für die Einführung einer speziellen Pressehilfe für Europaberichterstattung einsetzen.

5.3. Gerechte Globalisierung

Globalisierung zu steuern bedeutet in erster Linie bestehende Institutionen des internationalen Rechts zu stärken und zu reformieren und weltweit strengere Regeln in den Bereichen der Konfliktbewältigung und der Umwelt- und Sozialpolitik durchzusetzen. Wir engagieren uns in diesem Sinn für eine starke UNO und eine reformierte Welthandelsorganisation. Entwicklungspolitik kann nur greifen, wenn sie durch eine gerechte Welthandelspolitik unterstützt wird.

Ökologische Modernisierung weltweit

Wir werden auf internationaler Ebene die Bemühungen zur Schaffung einer Steuer auf Devisentransaktionen verteidigen (z.B. „Tax Tobin“) und die daraus gewonnenen Mittel zur Entwicklungshilfefinanzierung benutzen. Mit diesem Geld kann auch ein Teil der Auslandsschulden der ärmsten Länder der Welt beglichen werden.

Grüne Politik setzt internationalen Umweltschutz in die Praxis um und verstärkt den Druck auf jene Staaten, die internationale Abkommen nicht ratifizieren. Dies kann aber nur durch eine selbstbewusste ökologische Vorreiterrolle der EU erreicht werden. Wir setzen uns für neue ökologische Forschungsprioritäten der EU ein. Eine Regierung unter grüner Beteiligung wird sich in Europa stärker als bisher für die Weiterentwicklung und Unterstützung von neuen nachhaltigen Technologien einsetzen. Diese neuen Technologien müssen auch dringend den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden; sei es zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, zur Umstellung auf umweltverträglichere Industrieproduktionen und Energiequellen, zum Trinkwasserschutz oder zur Bekämpfung der Wüstenausbreitung.

Gerechter Welthandel

Gerechter Welthandel heißt Export-Subventionen für europäische Landwirtschaftsprodukte abbauen sowie den „freien“ internationalen Handel strengen und verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards zu unterwerfen. Auch sollten Verhandlungen über landwirtschaftliche Produkte zukünftig nicht mehr innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), sondern im Rahmen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) geführt werden. Wir werden nachhaltige Produkte - z.B. mit den Gütesiegeln „Fair

Trade“ oder „Max Havelaar“ - aus den ärmsten Ländern der Welt fördern. Durch verständliche und detaillierte Produktinformationen, sowie Gütesiegel, werden Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit erhalten, ihr Geld gezielt für ökologische und ethisch unbedenkliche Produkte auszugeben. Um diese Produkte finanziell attraktiver zu machen, werden wir uns für eine Befreiung fair gehandelter Produkte von der Mehrwertsteuer (TVA) stark machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Welthandelsorganisation in ihrer Macht beschnitten und in das System der UNO eingegliedert wird. So kann die Liberalisierungsdynamik gebremst und das neoliberale Ideal des „freien Welthandels“ unter sozialen und umweltpolitischen Aspekten ausgeglichen werden. Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung und Kultur sind keine Güter und gehören deshalb prinzipiell von den WTO-Verhandlungen ausgeschlossen.

Schutz des internationalen Rechts

Ein zentraler Schwerpunkt grüner Außenpolitik besteht darin, dem internationalen Recht - Völkerrecht, Menschenrechte, Frauenrechte Internationaler Gerichtshof - zu einer globalen Anerkennung und Durchsetzung zu verhelfen. In einer Zeit zunehmender Verletzungen des Völkerrechts, der Missachtung oder Aufkündigung von wichtigen internationalen Verträgen, von internationalen Verbrechen und Terrorismus, kommt der Menschenrechts- und Völkerrechtspolitik eine noch größere Bedeutung zu. Grüne Politik will verhindern, dass das Internationale Recht langsam aber stetig vom „Recht des Stärkeren“ unterminiert wird.

Wir wollen nicht leugnen, dass neue Formen des Terrorismus „à la Al Qaida“ eine Bedrohung für Europa darstellen. Allerdings sind bei der Bekämpfung dieses Phänomens Hysterie und Verfolgungswahn fehl am Platz. Bürgerrechte müssen weiterhin geschützt werden. Wir wollen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den tieferen Ursachen von Terrorismus. Wo nötig, werden wir auf eine Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen hinarbeiten, um Hass, Terrorismus und Angst keine Chance mehr zu bieten. Wir setzen uns auch für einen verstärkten Dialog der Kulturen ein. Außerdem müssen die Bemühungen zur Demokratisierung von instabilen Regionen stärker unterstützt werden.

Starke UNO

Wir treten für eine tief greifende politische und finanzielle Stärkung der UNO ein, damit sie wieder zu einer handlungsfähigen Institution wird. Wir fordern eine Reform des UN-Sicherheitsrates mit einer ausgeglichenen Sitz- und Stimmverteilung zwischen unterschiedlichen Weltregionen und eine schrittweise Abschaffung des Vetorechts.

Verletzungen der UN-Beschlüsse müssen einem zu schaffenden Schiedsgerichtshof unterbreitet werden, dessen Urteile für alle Mitglieder bindend sind, so wie es auch in der Welthandelsorganisation der Fall ist. So kann das internationale Völkerrecht wieder gestärkt werden.

Aktive Entwicklungszusammenarbeit

Wir wollen den Bevölkerungen des Südens die Mittel einer eigenständigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung stellen. Zu menschenwürdigen Lebensbedingungen gehört der Zugang zu Bildung, Gesundheit, eigenem Land, modernen Technologien und Startkapital. Auf internationaler Ebene bemühen wir uns um Schuldenerlass für Länder der so genannten „Dritten Welt“ und peilen für Luxemburg eine dauerhafte Mindest-Entwicklungshilfe auf hohem Niveau an. Wir werden das System der Mikrokredite fördern. Ein fester Anteil der Luxemburger Entwicklungshilfe soll in Frauen- und Mädchenprojekte fließen.

Auf der anderen Seite müssen die Empfängerländer jedoch auch fähig sein, diese Mittel aufzunehmen und sinnvoll zu verwenden. Deshalb sollte Entwicklungspolitik einhergehen mit der Förderung von „good governance“, also von Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechten, sowie Korruptionsbekämpfung.

Entwicklungshilfe darf zudem nicht länger als Feigenblatt dienen. Langfristig können wir die Entwicklungsproblematik nur durch eine grundlegende Reform des Welthandels lösen. Grüne Politik wird daher vorrangig eine Reform der nationalen Handelspolitik und verstärkte nationale Aufklärungskampagnen umsetzen.

Das grüne Team für den 13. Juni 2004

Die grünen Kandidatinnen und Kandidaten für die Landes- und Europawahlen sind kompetente Frauen und Männer, die sich mit neuen Ideen den Wahlen stellen. Sie kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen. DÉI GRÉNG reden nicht nur von Chancengleichheit, sie setzen sie auch durch: Auf den Listen von DÉI GRÉNG zur Chamber- und Europawahl sind 46,7 Prozent bzw. 50 Prozent Frauen vertreten.

Bezirk Osten

Henri Kox

- 42 Jahre
- Remich
- Professor-Ingenieur
- Parteisprecher von DÉI GRÉNG
- Gemeinderat in Remich

Adri van Westerop

- 46 Jahre
- Betzdorf
- Hauswirtschaftsleiterin in Altenheimen
- Gemeinderätin in Betzdorf

Raymond Aendeker

- 42 Jahre
- Betzdorf
- Angestellter der Stiftung "Hëllef fir d'Natur"
- Hauptamtliche Führung von Bio-LABEL

Marianne Beissel

- 38 Jahre
- Remich
- Bankangestellte

Paul Konsbrück

- 22 Jahre
- Grundhof (Echternach)
- Student

André Marxen

- 47 Jahre
- Wormeldange
- Apotheker

Irène Schmitt

- 53 Jahre
- Gonderange
- Erzieherin
- Gemeinderätin in Junglinster

Bezirk Norden

Camille Gira

- 45 Jahre
- Beckerich
- Abgeordneter
- Bürgermeister der Gemeinde Beckerich
- Fluglotse

Marthy Thull

- 48 Jahre
- Ettelbrück
- Hausfrau
- Gemeinderätin in Ettelbrück

Gisèle Gillen

- 49 Jahre
- Eppeldorf
- Germanistiklehrerin
- Gemeinderätin in Ermsdorf

Nico Hamen

- 45 Jahre
- Drauffelt
- Chef de district adjoint CFL

Marianne Hermann

- 46 Jahre
- Marnach
- Lehrerin

Abbes Jacoby

- 49 Jahre
- Ettelbrück
- Fraktionssekretär

Maurice Losch

- 22 Jahre
- Bürden
- Student

Christiane Schoellen

- 42 Jahre
- Warken
- Psychiatrische Krankenpflegerin

Frank Thillen

- 39 Jahre
- Diekirch
- Physiklehrer
- Gemeinderat in Diekirch

Bezirk Zentrum

François Bausch

- 47 Jahre
- Luxemburg
- Abgeordneter
- Gemeinderat Stadt Luxemburg
- CFL-Beamte

Viviane Loschetter

- 44 Jahre
- Luxemburg
- Sozialpädagogin
- Parteisprecherin DÉI GRÉNG
- Gemeinderätin Stadt Luxemburg

Claude Adam

- 45 Jahre
- Mersch
- Schulinspektor-Kandidat
- Schöffe der Gemeinde Mersch

Fabiana Bartolozzi

- 43 Jahre
- Luxemburg
- Erzieherin

Charles Bemtgen

- 45 Jahre
- Mersch
- Baukoordinator
- Gemeinderat in Mersch

Roland Bestgen

- 41 Jahre
- Strassen
- Busfahrer der Stadt Luxemburg
- Gemeinderat in Strassen

Christian Bomb

- 27 Jahre
- Helmsange
- Parlamentarischer Assistent
- Sprecher von DÉI JONK GRÉNG

Jo Brandenburger

- 38 Jahre
- Mersch
- Lehrbeauftragter

Mariette Braun

- 63 Jahre
- Luxemburg
- Hausfrau

Carlo De Toffoli

- 49 Jahre
- Luxemburg
- Sekundarschullehrer

Jean-Paul Faber

- 60 Jahre
- Strassen
- Sekundarschullehrer
- Gemeinderat in Strassen

Nora Janah Iglesias

- 22 Jahre
- Aspelt
- Studentin

Sylvie Kolbach

- 41 Jahre
- Luxemburg
- Bankangestellte

Tom Köller

- 33 Jahre
- Luxemburg
- Politologe
- Diplomat

Karin Manderscheid

- 46 Jahre
- Hesperange
- Inspektorin bei den Sozialversicherungen
- Gemeinderätin in Hesperange

Andrée Mertens

- 51 Jahre
- Bereldange
- Kindergärtnerin

Tilly Metz

- 36 Jahre
- Syren
- Psychopädagogin

Daniela Münichsdorfer

- 40 Jahre
- Mersch
- Sozialarbeiterin

Edmée Raison

- 50 Jahre
- Holzem
- Kindergärtnerin

Fränk Rollinger

- 33 Jahre
- Luxemburg
- Rechtsanwalt

Roland Tex

- 46 Jahre
- Alzingen
- Préposé technique CFL

Bezirk Süden

Jean Huss

- 56 Jahre
- Esch/Alzette
- Abgeordneter
- Gemeinderat in der Stadt Esch/Alzette
- Sekundarschullehrer

Dagmar Reuter-Angelsberg

- 48 Jahre
- Sassenheim
- Abgeordnete
- Gemeinderätin in Sassenheim
- Kinderkrankenschwester

Felix Braz

- 37 Jahre
- Esch/Alzette
- Schöffe der Stadt Esch

Myriam Cecchetti, ép. Bettendorf

- 37 Jahre
- Sassenheim
- Vorschullehrerin

Gina Conter

- 43 Jahre
- Differdingen
- Parlamentarische Assistentin

Flëpp Eschenauer

- 40 Jahre
- Differdingen
- Direktionsbeauftragter der Initiative „Objectif Plein Emploi“ (OPE)

Nuria Garcia

- 18 Jahre
- Düdelingen
- Schülerin

Sylvie Gerten-Muller

- 55 Jahre
- Bascharage
- Freiberuflerin
- Gemeinderätin in Bascharage

André Gilbertz

- 53 Jahre
- Esch/Alzette
- Technischer Ingenieur

Romaine Goergen

- 44 Jahre
- Düdelingen
- Sekundarschullehrerin

Francis Hengen

- 45 Jahre
- Esch/Alzette
- Lehrbeauftragter

Danièle Hipp-Hoefliger

- 35 Jahre
- Linger
- Privatbeamtin

Romaine Hoor

- 33 Jahre
- Bergem
- Diplomierte Krankenschwester

Martin Kox

- 56 Jahre
- Esch/Alzette
- Facharzt für Chirurgie

Colette Kutten

- 52 Jahre
- Düdelingen
- Sekundarschullehrerin
- Gemeinderätin der Stadt Düdelingen

Jeannot Logelin

- 56 Jahre
- Differdingen
- Facharzt für Gastro-Enterologie
- Schöffe der Gemeinde Differdingen

Josée Lorsché

- 42 Jahre
- Noertzange
- Vorschullehrerin

Robert Rings

- 46 Jahre
- Sassenheim
- Lehrer
- Schöffe der Gemeinde Sassenheim

Beate Sander

- 44 Jahre
- Esch/Alzette
- Agent de développement local

Frenz Schwachtgen

- 54 Jahre
- Differdingen
- Lehrer

Roberto Traversini

- 40 Jahre
- Differdingen
- Koordinator von Jugendaktivitäten

Claude Turmes

- 43 Jahre
- Esch/Alzette
- Abgeordneter im Europaparlament
- Sportlehrer im Sekundarunterricht

Jemp Weydert

- 50 Jahre
- Holzem
- Informatiker
- Gemeinderat in Mamer

Europaliste

Claude Turmes

- 43 Jahre
- Esch/Alzette
- Abgeordneter im Europaparlament
- Sportlehrer im Sekundarunterricht

Dagmar Reuter-Angelsberg

- 48 Jahre
- Sassenheim
- Abgeordnete
- Gemeinderätin in Sassenheim
- Kinderkrankenschwester

François Bausch

- 47 Jahre
- Luxemburg
- Abgeordneter
- Fraktionspräsident von DÉI GRÉNG
- Gemeinderat Stadt Luxemburg
- CFL-Beamte

Felix Braz

- 37 Jahre
- Esch/Alzette
- Schöffe der Stadt Esch

Camille Gira

- 45 Jahre
- Beckerich
- Abgeordneter
- Bürgermeister der Gemeinde Beckerich
- Fluglotse

Jean Huss

- 56 Jahre
- Esch/Alzette
- Abgeordneter
- Gemeinderat in der Stadt Esch/Alzette
- Sekundarschullehrer

Henri Kox

- 42 Jahre
- Remich
- Professor-Ingenieur
- Parteisprecher von DÉI GRÉNG
- Gemeinderat in Remich

Viviane Loschetter

- 44 Jahre
- Luxemburg
- Sozialpädagogin
- Parteisprecherin DÉI GRÉNG
- Gemeinderätin Stadt Luxemburg

Karin Manderscheid

- 46 Jahre
- Hesperange
- Inspektorin bei den Sozialversicherungen
- Gemeinderätin in Hesperange

Maria-Jose Orti

- 54 Jahre
- Mamer
- Angestellte bei der Europäischen Kommission

Marthy Thull

- 48 Jahre
- Ettelbrück
- Hausfrau
- Gemeinderätin in Ettelbrück

Adri van Westerop

- 46 Jahre
- Betzdorf
- Hauswirtschaftsleiterin in Altenheimen
- Gemeinderätin in Betzdorf

DÉI GRÉNG

**Boîte Postale 454
L-2014 Luxembourg
greng@greng.lu**

**groupe parlementaire
31, Grand-Rue
L-1661 Luxembourg
deigreng@chd.lu**

**Tél: +352 46 37 40 - 1
Fax: +352 46 37 43
www.greng.lu**



DÉI GRÉNG